März / April 2013 €9,90 2728

IP

LÄNDERPORTRÄT

Polen

Polen

„Ein wohnlich saub'res Haus, wenn auch von mäßiger Größe / Hat eine große Scheuer, und drei Getreidestöße / Liegen noch neben ihr – die fasste der Söller nicht mehr. / Man sieht wohl, reichgesegnet ist das Land umher."

„Pan Tadeusz" von Adam Mickiewicz, aus dem diese Zeilen stammen, ist *das* Nationalepos Polens. Angesiedelt ist es im Jahr 1811, zur Zeit der Napoleonischen Kriege. Polen ist geteilt – und natürlich handeln Mickiewicz' Verse von der Sehnsucht nach Freiheit, Unabhängigkeit und der Wiederherstellung des eigenen Staates. Pan Tadeusz hat wohl auch deshalb seinen zentralen Platz in der polnischen Nationalkultur gefunden, weil es ein Präludium ist für eine Geschichte, die sich im 20. Jahrhundert noch weit dramatischer wiederholen sollte. Aber eben auch, weil es nicht der Tragödie verhaftet bleibt, sondern daran erinnert: „reichgesegnet ist das Land umher".

Polens ökonomische Entwicklung der vergangenen Jahre ist eine Erfolgsgeschichte; die Krise von 2008 hat es fast unbeschadet überstanden. Deutschlands östlicher Nachbar hat ein beeindruckendes Wirtschaftswachstum aufzuweisen, die Marke „Made in Poland" gewinnt an Prestige. Polen ist ein attraktives Land für Auslandsinvestitionen; der in vielen westlichen Ländern grassierenden Unsitte, das Staatsdefizit ins Uferlose wachsen zu lassen, hat es eine in der Verfassung verankerte Schuldenbremse entgegengesetzt.

Wie stark aber die Geschichte nachhallt, ist an einem Indikator zu erkennen: Von Arbeitslosigkeit ist hauptsächlich die ländliche Bevölkerung betroffen, was wiederum an der noch fehlenden Infrastruktur liegt – ein Hinweis darauf, wie sehr dieses Land zerstört war und wie beschränkt die Mittel für einen Wiederaufbau in Zeiten des Kommunismus blieben.

Immer wieder hat es Polen geschafft, sich wie Phönix aus der Asche zu erheben. Denn es ist nicht nur reich an „gesegnetem" Land, sondern auch an dem, was man heute „human capital" nennt. Polen gehört zu den Ländern, die diese Ressource am geschicktesten zu nutzen wissen. Oder wie Janusz Filipiak, Gründer der IT-Firma Comarch, es ausdrückt: „Wir sind eben immer noch hungrig."

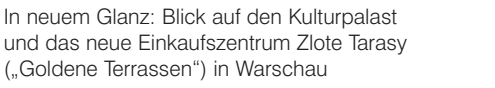
DR. SYLKE TEMPEL
Chefredakteurin

Steckbrief Polen

Einwohnerzahl: 38,5 Millionen (2011)
Fläche: 312 679 Quadratkilometer
Religion: 87,0 % Katholiken, 1,3 % Orthodoxe, 0,2 % Protestanten
Stadt-Land-Einwohnerverhältnis: 61,9 % städtische, 38,1 % ländliche Bevölkerung
Staatsform: parlamentarische Demokratie
Staatspräsident: Bronislaw Komorowski, seit 2010
Nächste Präsidentschaftswahl: 2015
Regionale Einbindung: Europäische Union (EU), Schengener Abkommen, NATO, Welthandelsorganisation (WTO), OECD, Versammlung der Regionen Europas (VRE), Ostseerat u.a.
Parteien im Parlament: Bürgerplattform (PO): 206 Sitze, Recht und Gerechtigkeit (PiS): 137 Sitze, Bewegung Janusz Palikot (RP): 43 Sitze, Bauernpartei (PSL): 28 Sitze, Bündnis der Demokratischen Linken (SLD): 25 Sitze, Solidarisches Polen (SP): 19 Sitze (Stand: Februar 2013)
Human Development Index: 39/187
Korruptionsindex: 41/182 (Transparency International 2011)
Bruttoinlandsprodukt: 514 Milliarden Dollar (2011)
Pro-Kopf-Einkommen: 12 480 Dollar (2011)
Inflationsrate: 4,3 % (2011)
Leistungsbilanz: -23,6 Milliarden Dollar (ungefährer Wert, 2011)
Wichtigste Wirtschaftszweige: Lebensmittelindustrie, Energieversorgung, Bergbauindustrie, Maschinenbau, Elektrotechnik und Elektronik, Fahrzeugbau, Textil- und Bekleidungsindustrie
Wichtigste Ausfuhrgüter: Maschinen und Transportausrüstung, Futter- und Nahrungsmittel, Metalle und Metallprodukte (insbesondere Kupfer), Textilien, Brennstoffe, chemische Produkte

Inhalt

Bild nur in Printausgabe verfügbar



In neuem Glanz: Blick auf den Kulturpalast und das neue Einkaufszentrum Zlote Tarasy („Goldene Terrassen“) in Warschau

1 Editorial

4 Reinhold Vetter
Erfolgsmodell mit Schönheitsfehlern
Polen ist gut durch die Krise gekommen, aber noch nicht übern Berg

12 **Doing Business**
45 Indikatoren im internationalen Vergleich

14 Konrad Schuller
Im Osten nichts Neues
Warschaus Verhältnis zu Moskau ist nach wie vor gespannt – auch wegen der Ukraine

21 Ernest Wyciszkiewicz
Weniger Angst vor Abhängigkeiten
Die Versorgungssicherheit bleibt ein wichtiges Thema im Land

28 **Polen von A bis Z**
Arbeitslosigkeit und Armut, Frauen, Gesundheitssystem, Infrastruktur, Jugend und Bildung, Kirche und Religion, Landwirtschaft, Medien und Internet, Migration, Tourismus

48 **Polens Transformation**
Im Bertelsmann Transformationsindex schneidet das Land gut ab

50 **Wer bewegt Polens Wirtschaft?**
Sechs erfolgreiche Geschäftsleute, Manager und Unternehmen in Kurzporträts

54 Interview mit Janusz Filipiak
„In Polen sind die Leute noch hungrig“
Der Gründer und CEO des IT-Unternehmens Comarch im Gespräch

57 Anna Quirin
Made in Poland
Von der Absatzbremse zum Gütesiegel

62 Hans-Jörg Otto
Business mit Handkuss
Do’s and Dont’s im polnischen Geschäftsleben

64 Impressum

Foto Cover und Seite 3: © picture alliance/ Bildagentur Huber

Erfolgsmodell mit Schönheitsfehlern

Gut durch die Krise, aber noch nicht übern Berg: Polens Wirtschaft

Reinhold Vetter | **Langjährige Beobachter der deutsch-polnischen Beziehungen reiben sich verwundert die Augen: Seit ein, zwei Jahren vergeht kaum eine Woche in Deutschland, in der nicht Mitglieder der Bundesregierung, Landesminister oder Sprecher von Unternehmerverbänden die ökonomischen Erfolge Polens rühmen. Was ist passiert?**

Die Zeiten scheinen vorbei, da das Schlagwort von der „polnischen Wirtschaft" in deutschen Köpfen rumspukte – als Synonym für Chaos, für Schlamperei, für Verschwendung. Einflussreiche Blätter wie *Economist* und *Spiegel* schicken Reporter nach Polen, damit sie Erfolgsgeschichten schreiben. Fans aus Westeuropa staunten während der Fußball-Europameisterschaft über neue Autobahnen, Stadien und S-Bahnhöfe. Analysten deutscher Banken stellen fest, dass Polen sich zum beachteten Investitions- und Studienobjekt gemausert hat.

Polen ist vergleichsweise gut durch die globale Wirtschafts- und Finanzkrise und ihre Nachwirkungen gekommen. Den Angaben von Eurostat oder dem Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche zufolge verzeichnet Polen, nimmt man die Jahre 2009 bis 2012 zusammen, das höchste Wirtschaftswachstum aller europäischen Länder. Das gilt nicht nur im Vergleich zu entwickelten westeuropäischen Ökonomien, sondern auch zu den aufstrebenden mittel- und osteuropäischen Volkswirtschaften. Das Land registrierte eine Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts um 12,7 Prozent, während Frankreich auf 0,9 Prozent, Deutschland auf 2,2, Russland auf 4,4, die Slowakei auf 4,9 und Schweden auf 5,8 Prozent kamen. Überhaupt hat Polen in den vergangenen 20 Jahren erheblich gegenüber dem Westen aufgeholt. Wie groß der Unterschied allerdings noch ist, zeigt sich etwa am BIP pro Kopf, das in Deutschland im Jahr 2012 rund 33 000 Euro betrug, während Polen auf 9500 Euro kam.

Auch der polnische Außenhandel hat sich in den vergangenen Jahren sowohl auf der Export- als auch auf der Importseite dynamisch weiterentwickelt. Dabei zeigt sich eine wachsende Verlagerung auf die Mitgliedstaaten der EU (2011: 78 Prozent der Exporte und 59 Prozent der Importe), was dafür spricht, dass die polnischen Exportgüter an technologischer Wertigkeit gewinnen, während das Land selbst höhere Ansprüche an die importierten Güter stellt. Deutschland ist

Polens wichtigster Partner im Außenhandel, während umgekehrt auch die Bedeutung Polens für die deutsche Volkswirtschaft steigt. So ist das Land der größte Handelspartner Deutschlands in Mittel- und Osteuropa und hat sich inzwischen auf den zehnten Platz in der deutschen Außenhandelsstatistik hochgearbeitet – unter anderem vor Russland und der Tschechischen Republik.

Worauf ist dieser Erfolg zurückzuführen? Eine wichtige Ursache für die polnische Widerstandsfähigkeit in der Krise besteht darin, dass man weniger abhängig von der Exportnachfrage ist als andere Länder in Europa. Der Binnenmarkt von fast 40 Millionen Einwohnern ist ein guter Schutz vor zu großer Abhängigkeit von äußeren Entwicklungen. Daneben verzeichnet Polen einen hohen Zufluss an ausländischen Direktinvestitionen im Verhältnis zum BIP.

Und: Im Vergleich zu vielen anderen Ländern West- und Osteuropas ist der Schuldenstand des Landes nach außen und innen vergleichsweise niedrig; die Vermögensverhältnisse der Haushalte und die Bilanzen der Unternehmen sind im Schnitt solide. Weil das auch für den Bankensektor gilt, ist die Wirtschaft in der Regel ausreichend mit Krediten versorgt. Langfristig, über mehrere Wirtschaftszyklen hinweg betrachtet, zählt der Bankensektor Polens zu den profitabelsten in Mittel- und Osteuropa. Seine Stabilität resultiert auch daraus, dass die polnischen Banken, im Gegensatz zu westlichen Instituten, bislang vergleichsweise gering in das Geschäft mit komplizierten und riskanten Finanzprodukten involviert sind und noch stärker traditionell operieren – sie setzen ihr Vertrauen hauptsächlich auf Girokonten, Sparverträge, Kredite und Vermögensmanagement. Zudem hat die eher restriktive Geldpolitik der Polnischen Nationalbank NBP den Finanzsektor vor Exzessen im Investmentbanking bewahrt.

Mit seinem großen Binnenmarkt ist Polen weniger exportabhängig

Schocktherapie als Grundlage

Seit der Transformation der Jahre 1989/90 hat Polens Wirtschaft eine bemerkenswerte Entwicklung durchlaufen. Zwar gab es schon vor 1989 Ansätze für eine marktwirtschaftliche Orientierung, doch erst die Transformation, die „Schocktherapie“ des damaligen Finanzministers Leszek Balcerowicz, schuf in den neunziger Jahren die verfassungsrechtlichen, gesetzlichen und institutionellen Grundlagen für eine funktionierende Marktwirtschaft.

Im darauffolgenden Jahrzehnt trugen ausländische Direktinvestitionen wesentlich zur ökonomischen Modernisierung des Landes bei. Sie sorgten für einen Transfer von Kapital, Technologie, Forschung und Managementkulturen. Dadurch wurden die Exportfähigkeit des Landes gestärkt und der Zugang zu den internationalen Märkten gebahnt. Mit Ausnahme des nationalkonservativ geprägten Kabinetts von Jaroslaw Kaczynski 2006/07 haben alle polnischen Regierungen seit 1989 den Zufluss ausländischer Direktinvestitionen gefördert.

Auch polnische Unternehmen wie der Mineralölkonzern PKN Orlen, Lebensmittelproduzenten, Zulieferer der Automobilindustrie, holzverarbeitende Unternehmen und Firmen aus den Branchen Chemie und Metall begannen, im Ausland zu investieren.

War die Sowjetunion jahrzehntelang mit einem Anteil von rund 30 Prozent am Außenhandel Polens wichtigster Handelspartner, so steht seit 1990 Deutschland an erster Stelle. Heute wickelt Polen fast 80 Prozent seines Exports und knapp 60 Prozent seines Imports mit der Europäischen Union ab. China ist hinter Russland auf Platz drei der polnischen Außenhandelsstatistik vorgerückt.

Ausdruck der wirtschaftlichen Erfolgsgeschichte Polens nach 1989 ist das Bruttoinlandsprodukt, das sich seit den frühen neunziger Jahren in laufenden Preisen etwa vervierfacht hat. Wachsende Realeinkommen sorgen für eine bessere Ausstattung der Privathaushalte; Gesundheitszustand und Lebenserwartung steigen, ebenso der Anteil älterer Menschen an der Bevölkerung, weil gleichzeitig die Geburtenrate sinkt.

Bild einer nervösen und missgünstigen Gesellschaft

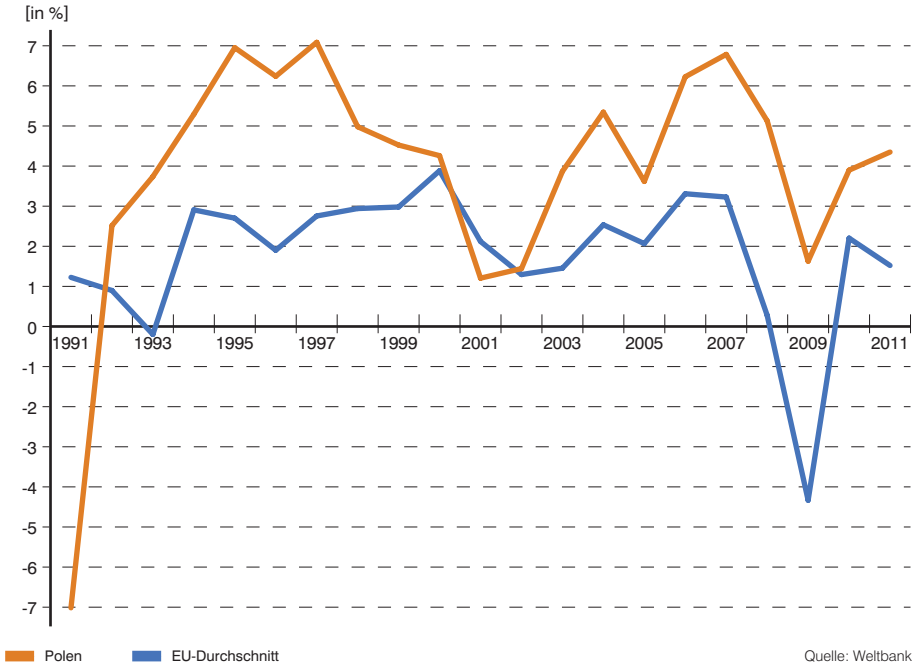
Doch einige Schönheitsfehler trüben das Bild. Gab es schon in sozialistischen Zeiten einen gehörigen Abstand zwischen dem Lebensniveau der kommunistischen Nomenklatur und dem breiter Schichten der Gesellschaft, so sind die Einkommensunterschiede zwischen den gesellschaftlichen Gruppen nach 1989 noch größer geworden – wenngleich in den vergangenen Jahren langsamer als zuvor. Die strukturellen Unterschiede zwischen einzelnen Regionen sind beträchtlich, was Infrastruktur, Unternehmensvielfalt, Präsenz ausländischer Investoren, Flexibilität des Arbeitsmarkts, Bildungsstand oder die Kompetenz regionaler und lokaler Verwaltungen angeht. Ende 2012 lag die Arbeitslosenquote bei bemerkenswerten 13,3 Prozent, wobei bestimmte Regionen des Landes sowie einzelne Schichten der Gesellschaft, vor allem junge Leute, besonders betroffen sind.

Neuere Untersuchungen polnischer Soziologen, von Think-Tanks oder Meinungsforschungsinstituten zeichnen das Bild einer nervösen und missgünstigen Gesellschaft, in der eifersüchtig darüber gewacht wird, was der jeweilige Nachbar macht und was er besitzt. Aus Umfragen geht hervor, dass nur knapp ein Viertel der polnischen Gesellschaft der Ansicht ist, man könne anderen Menschen vertrauen. Laut European Social Survey sind es sogar nur 19 Prozent. Damit rangiert Polen weit hinter Ländern wie Dänemark, die Niederlande, der Schweiz, der Tschechischen Republik, Deutschland, Slowenien und sogar Rumänien auf dem 22. Platz.

Die Arbeitslosigkeit ist hoch und betrifft vor allem junge Menschen

Und dann ist da noch das, was der Warschauer Sozialpsychologe Janusz Czapinski als „individuelles Kapital“ und „gesellschaftliches Kapital“ beschreibt. Als „individuelles Kapital“ gelten beispielsweise Schul- und Berufsbildung, der Wunsch nach Weiterbildung, Unternehmergeist und Karrierewille, internationale Erfahrung sowie eine positive Einstellung zur eigenen Physis und Psyche. Hier zumindest sieht die Bilanz allen vorliegenden Untersuchungen zufolge positiv aus. Der Wunsch und die Fähigkeit, persönliches Kapital aufzubauen, sind in den vergangenen 20 Jahren wesentlich stärker geworden und haben breitere Teile der Gesellschaft erfasst, als dies in sozialistischen Zeiten der Fall war.

Entwicklung des BIP IP|03/04|13



Quelle: Weltbank

Was das „gesellschaftliche Kapital“ dagegen angeht – die Bereitschaft, kollektiv und solidarisch zu agieren, gegen Diskriminierung einzutreten, staatliches Handeln demokratisch zu kontrollieren, soziale Auswirkungen wirtschaftlicher Entscheidungen zu hinterfragen und eine Kultur der Nachbarschaft zu entwickeln –, so ist die Bilanz der vergangenen zwei Jahrzehnte eher negativ. Seit den gesellschaftlichen Protesten, die Ende der achtziger Jahre zum Sturz des Sozialismus führten, hat der soziale Zusammenhalt in Polen stark gelitten.

Offensichtlich haben die neuen demokratischen und marktwirtschaftlichen Zeiten einerseits mehr Freiheiten und Entwicklungsmöglichkeiten für die Bürger geschaffen, andererseits aber sind die Risiken und Gefahren größer geworden. So bestimmt das Prinzip der Konkurrenz nicht nur das wirtschaftliche Geschehen, sondern auch weite Bereiche der Gesellschaft. „Ellbogen“ sind gefragt. Viele Menschen wollen ihre Lebensziele wie Karriere, höheres Einkommen und einen anderen gesellschaftlichen Status möglichst schnell erreichen.

Die Gewinner der neuen Verhältnisse sind vor allem die besser Ausgebildeten – Wissenschaftler, Ärzte, Informatiker, Manager, Rechtsanwälte und höhere Verwaltungsbeamte. Daneben sind es junge Leute, die von den neuen Möglichkeiten profitieren, und die Bewohner von Städten wie Warschau, Posen, Krakau, Breslau und der „Dreistadt“ Danzig, Soppot und Gdingen oder, wenn wir von Regionen sprechen, der Wojwodschaften Kleinpolen, Großpolen, Masowien und Pommern. Zu den Verlierern zählen Rentner, Bürger mit geringerer formaler Bildung, Geringverdiener, kleine Beamte und Angestellte, viele

Bauern, Arbeitslose und die Bewohner der Regionen, die weniger prosperieren. Auch wenn der Lebensstandard insgesamt stark gestiegen ist, leben bis heute drei Millionen Polen (7,5 Prozent der Gesamtbevölkerung) in tiefer Armut.

Haushalte konsolidieren, neue Märkte erschließen

Die Integration Polens in das europäische und internationale wirtschaftliche Geschehen hat für das Land nicht nur Vorteile – die globale Finanz- und Wirtschaftskrise sowie die Euro-Krise haben das deutlich gezeigt. Seit dem Beitritt zur Europäischen Union 2004 ist das Land stärker internationalen Konjunkturzyklen und finanzwirtschaftlichen Verwerfungen ausgesetzt. Die derzeitige Rezession und die zurückgehenden Exporte von Gütern und Dienstleistungen in der Euro-Zone hemmen das wirtschaftliche Wachstum in Polen und den anderen jungen EU-Staaten in Ostmittel- und Südosteuropa.

Innere Faktoren kommen hinzu, etwa der Rückgang der einheimischen Nachfrage. Das Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche schätzt, dass Polen nach einer Zunahme des realen BIP von 3,9 Prozent (2010), 4,3 (2011) und 2,3 (2012) in diesem Jahr auf 2,1 Prozent und 2014 auf eine Steigerung um 2,6 Prozent kommen wird. Zum Vergleich: Die Bundesbank in Frankfurt geht davon aus, dass die deutsche Wirtschaftsleistung nach 0,7 Prozent (2012) im laufenden Jahr nur noch um 0,4 Prozent wachsen wird.

Der polnische Ministerpräsident Donald Tusk hat im vergangenen Oktober ein Investitionsprogramm für die Jahre 2013 bis 2015 zur Stärkung des Wirtschaftswachstums angekündigt, das rund 40 Milliarden Zloty (nach aktuellem Kurs 9,7 Milliarden Euro) umfassen und vor allem dem Energiesektor, dem Straßenbau sowie Wissenschaft und Forschung zugute kommen soll. Zudem haben polnische Unternehmer und Investoren wiederholt ihre Fähigkeit unter Beweis gestellt, bei Schwierigkeiten auf bestimmten Märkten andere Exportregionen zu finden – so etwa vor fünf Jahren, als Russland ein Importverbot für polnische Fleischexporte erließ. In jüngster Zeit versuchen polnische Firmen verstärkt, auf ostasiatischen und südamerikanischen Märkten Fuß zu fassen.

Die Staatsverschuldung ist auf 60 Prozent des BIP angestiegen

Im Zusammenhang mit dem von Premier Tusk angekündigten Investitionsprogramm stellt sich die Frage, wie Polen bei der dringend notwendigen Budgetkonsolidierung vorankommen will. Immerhin konnte das Haushaltsdefizit von 7,8 Prozent (2010) des BIP auf 5,1 (2011) und voraussichtlich 4 bis 4,4 Prozent im vergangenen Jahr gesenkt werden. Aber der Maastricht-Referenzwert liegt bekanntlich bei 3 Prozent des BIP. Und die staatliche Gesamtverschuldung ist in den vergangenen Jahren auf knapp 60 Prozent (Ende 2012) des BIP angestiegen.

Die polnische Regierung muss also ihren fiskalischen Konsolidierungskurs fortführen, um die Defizite weiter zu drücken und finanziellen Spielraum für strategisch wichtige Ausgaben zu gewinnen. Das gilt besonders für Wissenschaft und Bildung, die Modernisierung der Sozialsysteme sowie die Behebung struktureller Defizite in einzelnen Regionen. Noch ist der Staatshaushalt zum Teil ein undurchsichtiges Gewirr aus kaum kontrollierbaren Fonds, Nebenhaushalten,

Bild nur in Printausgabe verfügbar

zweifelhaften Zuwendungen für Stiftungen und anderes mehr. Geplante Maßnahmen wie das Einfrieren oder Senken bestimmter Staatsausgaben, maßvolle Lohnabschlüsse im öffentlichen Dienst und partielle Steuererhöhungen gehen in die richtige Richtung. Das gilt auch für die beschlossene Anhebung des Renteneintrittsalters von 65 auf 67 für Männer bis 2020 und von 60 auf 67 für Frauen bis 2040 – auch wenn sie für einen gewissen gesellschaftlichen Unmut sorgt.

Baustelle Polen

Und dann ist da noch das Thema Infrastruktur. Auch wenn im Vorfeld der Fußball-EM im Sommer 2012 gerade im Straßenbau eine ganze Reihe wichtiger Projekte vollendet wurde, bleibt noch viel zu tun. Das gilt sowohl für die Autobahnen als auch für wichtige Landstraßen und städtische Umfahrungen. Außerdem leidet Polen unter gravierenden Strukturproblemen, die dringend angegangen werden müssten. Dazu zählen undurchsichtige Ausschreibungen, große Hürden für Grunderwerb, Korruption und die Schwächen der staatlichen und städtischen Bauaufsicht. Auch die staatliche Eisenbahn hat den Sprung zu einem modernen, leistungsfähigen Dienstleistungsunternehmen noch nicht geschafft.

Schließlich plant die Regierung Tusk eine Reihe von Maßnahmen, um die Wirtschaft in Krisenzeiten widerstandsfähiger zu machen. Dazu zählen eine Reform des Arbeitsmarkts durch Flexibilisierung der Arbeitszeiten und die staatliche Förderung von Fortbildungsmaßnahmen. Das Wirtschaftsministerium kündigte an, man wolle Genehmigungsverfahren vereinfachen und die Hürden für staatliche Fördergelder senken, um den Zugang ausländischer Investoren zum polnischen Markt zu erleichtern.

Leider wird in Polen noch zu wenig über die Entwicklung und Förderung moderner Technologien diskutiert. Ebenso gibt es in den wissenschaftlichen

Einrichtungen noch zu wenige Kapazitäten, die direkt auf Forschung und Entwicklung ausgerichtet sind. Noch dominieren die „reine Lehre“ und die allgemeine Grundlagenforschung.

Dabei wäre eine solche Debatte dringend geboten. Erst im vergangenen Dezember hat die Weltbank in einer Studie bemängelt, dass die polnische Wirtschaft zu geringe Innovationskraft entwickle. Trotz staatlicher Milliardenhilfe, so das Washingtoner Institut, seien die Ergebnisse von Forschung und Entwicklung wenig zufriedenstellend. Ein großer Teil der entsprechenden Gelder fließe in die Entwicklung nicht sonderlich komplexer Technologie für Bau, Handel und Transport. Für Hightech-Branchen würden zu wenige Mittel bereitgestellt. Zudem beschränke sich die Förderung häufig auf spätere Phasen der Entwicklung, während Unternehmen zwischen Startup- und Testphase vernachlässigt würden. Und schließlich profitierten derzeit vor allem große Unternehmen von der Förderung. Diese steckten das Geld aber selten in Neuentwicklungen, sondern vielmehr in die Modernisierung der bestehenden Produktion. Kleinere Unternehmen aus Technologiebranchen könnten Forschungs- und Entwicklungsgelder sinnvoller und nachhaltiger nutzen.

Brüssels Klima- und Energiepolitik sieht man in Warschau skeptisch

Polens Potenziale

Welche Entwicklungsmöglichkeiten in der polnischen Wirtschaft stecken, zeigt ein Luftfahrtcluster, der sich in den vergangenen zehn Jahren im Südosten des Landes rund um die Stadt Rzeszow entwickelt hat und inzwischen der sechstgrößte Produktionsstandort der Branche weltweit ist. Unter dem Namen „Aviation Valley“ haben sich dort zahlreiche technologieintensive Produktionsbetriebe, Forschungs- und Entwicklungszentren sowie Bildungseinrichtungen angesiedelt, die vor allem Hubschrauber, Flugzeugmotoren, Fahrgestelle sowie diverse Komponenten und Bausätze für die Luftfahrtindustrie produzieren.

Erste konkrete Ergebnisse hat mittlerweile auch die polnische Debatte über die Energiewirtschaft gezeitigt. Im November 2009 verabschiedete die Regierung eine Energiestrategie bis 2030, die sechs Ziele umfasst: Sicherung der Energieversorgung durch Verringerung der Abhängigkeit von Russland, Diversifizierung der Energieträger, mehr Wettbewerb auf dem Energiemarkt, Nutzung erneuerbarer Energien sowie Steigerung der Energieeffizienz und Umweltschutz. Inzwischen zeichnen sich drei wesentliche Trends ab. Neben einer umweltfreundlichen Nutzung von Kohle durch moderne Kraftwerke bemüht man sich um eine Erschließung von Schiefergas – wobei die internationale Debatte über die möglichen Gefahren des „Hydraulic Fracturing“, dem hydraulischen Herauspressen von Gasvorkommen, bislang an Polen eher vorbeigegangen ist – und man treibt den Bau von Atomkraftwerken voran, ungeachtet der Ereignisse von Fukushima.

Die Nutzung erneuerbarer Energien geht man dagegen eher zögerlich an. Skeptisch sieht die polnische Regierung die Energie- und Klimapolitik der EU in Gestalt der „Low Carbon Roadmap 2050“ und der „Energy Roadmap 2050“. Premier

Tusk und seine Minister haben ihre Zweifel, was die Effektivität der Brüsseler Maßnahmen angeht. Immerhin gibt es erste Pläne für die Lösung eines bilateralen Problems – der Überlastung polnischer Netze durch umgeleitete Windstromexporte aus Deutschland. Künftig will man das Problem durch den Bau spezieller Transformatoren an der deutsch-polnischen Grenze in den Griff bekommen.

Mittendrin oder außen vor

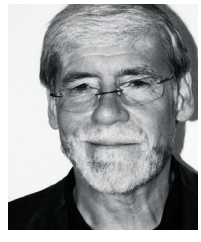
Die Auswirkungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise und der Euro-Krise bestimmen auch die Auseinandersetzungen in Polen über die Gemeinschaftswährung. Die Regierung Tusk und die Nationalbank halten am Ziel einer Einführung des Euro fest, obgleich dieser Plan in nächster Zeit nicht zu realisieren ist, weil Polen gegen das Maastricht-Haushaltskriterium verstößt.

Insbesondere Donald Tusk betont immer wieder, dass Polen gern eine gestaltende Rolle in der EU spielen möchte – schon jetzt ist das Land an Beratungen der Euro-Zone beteiligt. Polen, so der Premier, stehe vor der Entscheidung, ob es Teil des „Herzens Europas“ sein wolle, also der EU mit ihrer wirtschaftlich-finanziellen Achse und der gemeinsamen Währung als Kern – oder ob es ein Randstaat mit eigener Währung bleiben wolle. Das Land müsse in absehbarer Zukunft seine Marschroute festlegen, sonst könne der Zug ohne Polen abfahren. Schützenhilfe erhält Tusk unter anderem vom früheren Außenminister Dariusz Rosati, der mit den Kosten der Beibehaltung des Zloty argumentiert. Die polnische Wirtschaft, so Rosati, verliere jährlich 20 bis 25 Milliarden Zloty (4,8 bis 6 Milliarden Euro), wenn der Euro nicht übernommen werde.

Randstaat oder im „Herzen Europas“? Polen hat die Wahl

Dass die Regierung sich in einer schwierigen Situation befindet, zeigte auch die überraschende Absetzung einer für den 3. Januar geplanten Debatte und Abstimmung im Abgeordnetenhaus Sejm über eine Beteiligung Polens am EU-Fiskalpakt, die zu einer Auseinandersetzung über die Einführung des Euro geführt hätten. Tusk und seine Minister bekamen kalte Füße, nachdem die oppositionelle Partei „Recht und Gerechtigkeit“ von Jaroslaw Kaczynski mit Boykott gedroht hatte. Die Regierung befürwortet den Fiskalpakt, wenngleich Polen erst nach einem Beitritt zur Euro-Zone von dessen rechtlichen Bestimmungen betroffen wäre. Kaczynski stellte die Frage, warum Polen ausgerechnet jetzt den Euro anstreben sollte: Wenn ein Hause brenne, renne man doch nicht hinein.

Hintergrund dieser Auseinandersetzung ist die skeptische Stimmung in der Bevölkerung. Eine vom Finanzministerium in Auftrag gegebene Umfrage ergab, dass inzwischen 56 Prozent der Polen den Euro ablehnen, während nur 30 Prozent dafür sind. Vor der globalen Krise und den Bemühungen um eine Rettung des Euro waren die Umfrageergebnisse genau umgekehrt.



Reinhold Vetter
arbeitet als freier Publizist mit Sitz in Warschau und Berlin.

Doing Business-Indikatoren für Polen, 2013							IP | 03/04 | 13
Indikatoren	**Polen**	**Frankreich**	**Russland**	**Tsche-chien**	**Deutsch-land**	**OECD**	**Bestes Land weltweit**
Unternehmen gründen (Rang)	**124**	**27**	**101**	**140**	**106**		**Neuseeland**
Anzahl der Arbeitsschritte	6	5	8	9	9	5	Neuseeland (1)
Zeit in Tagen	32	7	18	20	15	12	Neuseeland (1)
Kosten (in % am Prokopf-einkommen)	14,4	0,9	2	8,2	4,6	4,5	Slowenien (0,0)
Min. Stammkapital (in % am Prokopfeinkommen)	13	0	1,4	29,7	0,0	13,3	91 Volkswirt-schaften (0,0)
Baugenehmigungen erhalten (Rang)	**161**	**52**	**178**	**74**	**14**		**Hongkong**
Anzahl der Arbeitsschritte	29	9	342	33	9	14	Hongkong (6)
Zeit in Tagen	301	184	344	120	97	143	Singapur (26)
Kosten (in % am Prokopf-einkommen)	49,4	68	129,20	10,5	48,1	78,7	Katar (1,1)
Zugang zu Elektrizität (Rang)	**137**	**42**	**184**	**143**	**2**		**Island**
Anzahl der Arbeitsschritte	6	5	10	6	3	5	Deutschland (3)
Zeit in Tagen	186	79	281	279	17	98	Deutschland (17)
Kosten (in % am Prokopf-einkommen)	208,30	43,9	1.537,70	180	48,3	93	Japan (0,0)
Eintragung von Eigentum (Rang)	**62**	**62**	**46**	**27**	**81**		**Georgien**
Anzahl der Arbeitsschritte	6	8	5	3	5	5	Georgien (1)
Zeit in Tagen	54	59	44	2,4	40	26	Portugal (1)
Kosten (% der Eigentums-werte)	0,4	6,1	0,2	3	5,7	4,5	Belarus (0,0)
Kreditaufnahme (Rang)	**4**	**53**	**104**	**53**	**23**		**Großbritannien**
Stärke der Rechtslage (0–10)	9	7	3	6	7	7	Malaysia (10)
Fülle an Kreditinforma-tionen (0–6)	6	4	5	5	6	5	Großbritannien (6)
Im Kreditnehmerindex er-fasst (% der Erwachsenen)	0	42,4	0,0	6,1	1,3	10,2	Portugal (90,7%)
Erfasst bei privaten Kredit-institutionen (% der Erw.)	76,9	0,0	45,4	98,7	100,0	67,4	Großbritannien (100)
Investoren schützen (Rang)	**49**	**82**	**117**	**100**	**100**		**Neuseeland**
Umfang der Offenlegung (0–10)	7	10	6	2	5	6	Hongkong (10)
Haftungsgrad der Geschäftsführer (0–10)	2	1	2	5	5	5	Singapur (9)
Einfachheit von Aktionärs-klageverfahren (0–10)	9	5	6	8	5	7	Neuseeland (10)
Stärke des Anleger-schutzes (0–10)	6	5,3	4,7	5	5,0	6,1	Neuseeland (9,7)

Indikatoren	Polen	Frankreich	Russland	Tsche-chien	Deutsch-land	OECD	Bestes Land weltweit
Steuern zahlen (Rang)	**114**	**53**	**64**	**120**	**72**		Vereinigte Arabische Emirate
Zahlungen (Anzahl im Jahr)	18	7	7	8	9	12	Hongkong (3)
Zeit (Stunden pro Jahr)	286	132	177	413	207	176	Vereinigte Arabische Emirate (12)
Handel über Landesgrenzen hinaus (Rang)	**50**	**27**	**162**	**68**	**13**		**Singapur**
Anzahl nötiger Dokumente (Export)	5	2	8	4	4	4	Frankreich (2)
Nötige Zeit zum Export (Tage)	17	9	21	16	7	10	Singapur (5)
Exportkosten pro Container (US$)	1.050	1.078	2.820	1.145	872	1.028	Malaysia (435)
Anzahl nötiger Dokumente (Import)	5	2	11	7	5	5	Frankreich (2)
Nötige Zeit zum Import (Tage)	16	11	36	17	7	10	Singapur (4)
Importkosten pro Container (US$)	1.025	1.248	2.920	1.180	937	1.080	Malaysia (420)
Durchsetzung vertraglicher Ansprüche (Rang)	**56**	**8**	**11**	**79**	**5**		**Luxemburg**
Zeit (Tagen)	685	390	270	611	394	510	Singapur (150)
Kosten (in % vom Anspruch)	19	17,4	13,4	33	14,4	20,1	Bhutan (0,1)
Anzahl der Arbeitsschritte	33	29	36	27	30	31	Irland (21)
Insolvenzverfahren (Rang)	**37**	**43**	**53**	**34**	**19**		**Japan**
Zeit (Jahre)	3	1,9	2	3,2	1,2	1,7	Irland (0,4)
Kosten (in % des Eigentums)	15	9	9	17	8	9	Singapur (1)
Erlösrate (Cents pro Dollar)	54,5	48,4	43,4	56,3	78,1	70,6	Japan (92,8)

Quelle: Weltbank

Die polnische Volkswirtschaft entwickelte sich schon in den neunziger Jahren beachtlich, doch seit dem Beitritt zur EU hat das Land besonders große Fortschritte als Wirtschaftsstandort gemacht, zumal der Reformeifer nicht erlahmt ist. Das spiegelt sich auch im jüngsten „Doing Business“-Bericht (2013) der Weltbank wider: Hier war das Land sogar globaler Spitzenreiter bei der Verbesserung der Geschäfts- und Investitionsbedingungen. So wurde das Verfahren für die Registrierung von Eigentum vereinfacht, die Abwicklung von Insolvenzverfahren erleichtert. Auch die Meldung und Zahlungsabwicklung von Unternehmenssteuern wurden mit der Einführung elektronisch gestützter Systeme nun weniger kompliziert. Die Rechtsverfahren zur Durchsetzung von Geschäftsverträgen wurden außerdem deutlich beschleunigt.

Im Osten nichts Neues

Polens Verhältnis zu Russland bleibt gespannt – auch wegen der Ukraine

Konrad Schuller | **Russlands imperiale Träume sind für Warschau bis heute ein Sicherheitsproblem. Der Argwohn, Polen könnte einmal mehr ins Visier Moskauer Großmachtambitionen geraten, drückt sich auch in den Handelsbilanzen aus. Beim Ringen um die Ausrichtung der Ukraine ist der russisch-polnische Gegensatz in Ostmitteleuropa der bestimmende Faktor.**

Eigentlich reichen zwei Sätze, um zu erklären, wie Polen den Osten sieht. Den ersten hat Wladimir Putin am 25. April 2005 formuliert: Der Fall der Sowjetunion, sagte der Präsident Russlands damals vor der Staatsduma, sei „die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts" gewesen. Der zweite Satz kam postwendend aus Warschau. Präsident Putin, gab der damalige polnische Außenminister Adam Daniel Rotfeld zurück, habe sich zweifellos nur „versprochen". Seine Feststellung sei durchaus richtig – nur dass eben nicht der Zerfall der Sowjetunion die Katastrophe gewesen sei, sondern ihre Entstehung.

Bis heute strömt aus der Spannung zwischen diesen beiden Feststellungen die Energie der polnischen Ostpolitik – und vielleicht der polnischen Außen- und Außenhandelspolitik insgesamt. Polen, das in seiner Geschichte ungezählte Male mit russischer und deutscher Hilfe aufgeteilt worden ist, und dessen kollektive Erinnerung jede Generation mit einem neuen blutig niedergeschlagenen antirussischen Aufstand verbindet, sieht Moskau und seine imperialen Phantomschmerzen bis heute als das fundamentale Problem seiner Sicherheit. Während sein Verhältnis zu Deutschland, das aus gutem (oder genauer: bösem) Grund lange ebenso schlecht war wie das zu Russland, sich stetig verbessert – so weit, dass Angela Merkel in Polen heute die bei weitem beliebteste ausländische Politikerin ist –, bleibt Russland die Projektionsfläche uralter Existenzangst. Aus polnischer Sicht hat sich der große Nachbar im Osten bis heute nicht von seiner imperialen Vergangenheit distanziert; die Sowjetunion, der der russische Präsident nachtrauert, wird in Polen vor allem mit Besatzung, Deportation und Massenmord assoziiert. Warschau beobachtet mit Luchsaugen, wie russische Armeen oder russische Energiekonzerne bis zum heutigen Tage auf dem Territorium des gefallenen Reiches, in Georgien, Weißrussland oder der Ukraine, immer neue Zonen der Abhängigkeit schaffen. Der Argwohn, dass

auch Polen wieder ins Moskauer Visier geraten könnte, ist wach – was sich auch an den Handelsbilanzen ablesen lässt: 2011 war Russland mit einem Anteil von 4,2 Prozent der Exporte lediglich Polens siebtwichtigster Außenhandelspartner – weit hinter Deutschland (26,8 Prozent). Beim Import liegt Russland auf Rang zwei – dank seiner Gas- und Öllieferungen.

Seit dem Fall des Kommunismus hat es zwar immer wieder bedeutende Schritte zur russisch-polnischen Annäherung gegeben. Russland hat einige der wichtigsten Verbrechen Stalins gegen Polen zugegeben, allen voran den Hitler-Stalin-Pakt, der 1939 den deutsch-russischen Überfall auf Polen vorbereitete, und die Morde von Katyn, die 1940 folgten. Dennoch ist das polnisch-russische Verhältnis aus dem Schatten der Vergangenheit nie herausgekommen.

Fundamentaler Interessengegensatz im östlichen Mitteleuropa

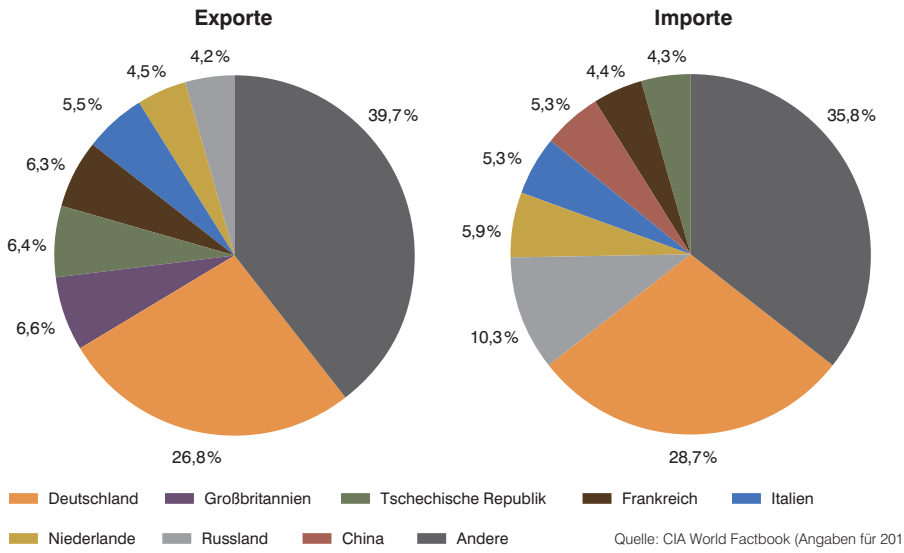
Der Grund liegt in einem fundamentalen Interessengegensatz, der in den vergangenen hundert Jahren zwar zeitweise überdeckt worden ist, aber nie aufgehört hat, zu existieren. Dieser Gegensatz betrifft das östliche Mitteleuropa. Während nämlich Russland seit dem Sturz des letzten Zaren immer wieder versucht hat, die Landstriche und Völker auf der osteuropäischen Landbrücke zwischen Ostsee und Schwarzem Meer unter seine Kontrolle zu bringen, hat Polen stets alles daran gesetzt, deren gemeinsamen Widerstand gegen Russland zu organisieren. Die Länder des Baltikums, Weißrussland und die Ukraine galten den Polen immer wieder als natürliche Verbündete und als Pufferzone gegen die gewesene Vormacht.

Dieses Konzept ist so alt wie das 1918 aus den Trümmern des deutschen, des österreichisch-ungarischen und des russischen Reiches wieder entstandene Polen. Schon Marschall Jozef Pilsudski, der legendäre Gründer der „Zweiten Rzeczpospolita“, träumte im Sinne des so genannten polnischen „Prometheismus“ eine Zeitlang davon, den größeren und kleineren Völkern zwischen Russland und Polen zum gemeinsamen Schutz und Trutz die Unabhängigkeit zu sichern, und in der Schwächephase Russlands während der Oktoberrevolution machte er sich zeitweise sogar Gedanken über die Uniformen einer künftigen weißrussischen Armee. Es ist damals nicht so gekommen. Während des Kalten Krieges, als Polen ein sowjetischer Satellitenstaat war, und die Länder zwischen Warschau und Moskau Teilrepubliken der Sowjetunion, konnte die polnische Führung das alte Konzept der freien Völker Osteuropas nicht weiter verfolgen. Im Exil aber, vor allem bei der Pariser Emigrantenzeitschrift *Kultura*, entwickelten Denker wie Jerzy Giedroyc und Juliusz Miroszewski in den siebziger Jahren das seinerzeit noch utopische Konzept eines polnischen Bündnisses mit den damals längst nicht mehr (oder vielmehr: noch nicht) existierenden Ländern der Gruppe „ULB“ weiter: In einem künftigen freien Europa sollte Polens Sicherheit auf einer engen Kooperation mit der Ukraine, Litauen und Belarus (Weißrussland) beruhen.

Das Baltikum, Weißrussland und die Ukraine: natürliche Verbündete?

Die Lehre der *Kultura* ist seit dem Systemwechsel 1989 in Warschau eines der wenigen Konzepte, über das quer durch die Lager stets Einigkeit herrschte.

Die größten Handelspartner IP | 03/04 | 13



Quelle: CIA World Factbook (Angaben für 2011)

Sie wurde, was man in Polen gerne eine politische „Doktrin“ nennt: ein unumstößlicher, parteiübergreifender Grundsatz. Vom postkommunistischen Präsidenten Aleksander Kwasniewski bis zu seinem nationalkonservativen Nachfolger Lech Kaczynski haben polnische Staatsoberhäupter und Regierungschefs immer alles getan, um die 1991 unabhängig gewordenen Teilrepubliken der Sowjetunion in der Abwehr Moskauer Hegemonialansprüche zu stützen. Diese polnische „Mission“ hat zeitweise bis in den Kaukasus gereicht. Präsident Kwasniewskis Intervention zur Stabilisierung der Ukraine während der demokratischen „orangefarbenen Revolution“ von 2004 gehört hierher, aber auch Lech Kaczynskis Georgien-Flug gleich nach dem Einmarsch der russischen Armee in Abchasien und Südossetien im August 2008. Dass alle Länder dieser Zone so bald wie möglich Mitglieder der NATO und der Europäischen Union werden müssen, gehört zum Credo jeder polnischen Außenpolitik.

Nach der Wende hat der polnische Schutzinstinkt gegenüber den östlichen Nachbarn Warschau von Anfang an in latente Spannung zu Moskau gebracht – auch wenn es schon seit den Zeiten der Perestrojka immer wieder Phasen der Entspannung gab. So ließ Michail Gorbatschow als Geste der kritischen Selbsterkenntnis den Hitler-Stalin-Pakt von 1939 veröffentlichen, dessen Existenz die russischen Kommunisten stets bestritten hatten, und das „Massaker von Katyn“ mit seinen mehr als 20 000 Opfern im sowjetisch besetzten Teil Polens während des Zweiten Weltkriegs beschrieb er als „eines der schwersten Verbrechen des Stalinismus“. Solche Zeichen Moskauer Gewissensprüfung haben die Wirkungen der polnisch-russischen Konkurrenz in Osteuropa tatsächlich immer wieder lindern können. Da aber Russland sich aus polnischer Sicht anders als Deutschland nur sporadisch zu den dunklen Flecken seiner Geschichte

bekannte und sich von seiner imperialen Tradition nie vollständig trennte, sind auf Perioden des Tauwetters immer wieder Eiszeiten gefolgt.

Der jüngste Wettersturz hat 2010 stattgefunden, und zwar jäh und unvermittelt nach einer längeren Periode der Entspannung. Zuvor hatte es über Jahre so geschienen, als könnten sich nach dem Amtsantritt des liberalkonservativen, allem nationalen Pathos abholden polnischen Ministerpräsidenten Donald Tusk die polnisch-russischen Beziehungen ebenso fundamental verbessern wie das Verhältnis zwischen Polen und Deutschland. Tusk hatte bei der Parlamentswahl im Herbst 2007 den streitbaren Jaroslaw Kaczynski (den Bruder des Präsidenten Lech Kaczynski) aus dem Amt gedrängt. Während die nationalkonservativen Zwillinge im Verhältnis zu den historischen Feinden Deutschland und Russland keinem Konflikt aus dem Weg gegangen waren und die EU durch eine unerbittliche Vetopolitik an der Verbesserung ihrer Beziehungen zu Moskau hinderten, entwickelte Tusk Anfang 2008 einen völlig neuen Ansatz. Polen sollte sich durch eine neue, kooperative Europa- und Deutschlandpolitk die Handlungsfreiheit gewinnen, um dann, ein starkes Bündnis im Rücken, auch die Spannungen mit Russland „auf Augenhöhe“ abbauen zu können. Die Grundlage dieser Verständigung sollte genau wie im Fall Deutschlands eine schrittweise Einigung über die Geschichte und ihre Lasten sein. Eine „Gruppe für schwierige Angelegenheiten“, bestehend aus Historikern beider Seiten, sollte die strittigen Fragen untersuchen.

Der neue Ansatz war zunächst ein Erfolg. Die „Gruppe für schwierige Angelegenheiten“ machte beachtliche Fortschritte. 2009, zum 70. Jahrestag des Kriegsausbruchs, bekannte Wladimir Putin in der polnischen Zeitung *Gazeta Wyborcza*, der Hitler-Stalin-Pakt sei ohne Zweifel moralisch verwerflich gewesen. Im Jahr darauf, als sich das Massaker von Katyn jährte, besuchte er – eine beispiellose Geste – zusammen mit Tusk die Gräber der polnischen Opfer in der Nähe der russischen Stadt Smolensk. 2010 markierte damit den Kulminationspunkt der polnisch-russischen Verständigung (auch der bilaterale Handel machte mit einem Zuwachs um 31 Prozent einen Sprung) – und zugleich einen weiteren Kipppunkt. Die Wende kam in Gestalt einer Katastrophe. Am 10. April, nur drei Tage nach Tusks und Putins gemeinsamen Gedenken, stürzte Präsident Lech Kaczynski mit seinem Regierungsflugzeug beim Anflug auf Smolensk ab. Kaczynski hatte ebenfalls die Gedenkstätte Katyn besuchen wollen. Dass er gerade dort zusammen mit seiner Frau und 94 weiteren Mitreisenden starb, schien die Versöhnung zunächst sogar zu beschleunigen. Die Welt sah zu, wie Putin den zum Unglücksort geeilten, sichtlich verstörten Tusk in die Arme nahm, und in den Tagen danach sendete das russische Staatsfernsehen – eine Sensation – Andrzej Wajdas Film „Katyn“, der das sowjetische Massaker schonungslos schildert. Russland schien voller Mitgefühl.

Tusks Ansatz: Annäherung „auf Augenhöhe“, mit der EU im Rücken

Doch steckte das Versöhnungsprojekt da schon in die Krise – wegen einer dramatischen Umwälzung in „Zwischeneuropa“, seit 1989 Schauplatz rivalisierender Moskauer und Warschauer Konzepte. In der Ukraine, Europas zweit-

größter Flächenstaat nach Russland und das wichtigste Land der Region, war genau zwei Monate vor Putins und Tusks historischem Treffen in Smolensk die „orangefarbene Revolution“ endgültig gescheitert. Bei der Präsidentenwahl am 7. Februar 2010 hatte der russophone und unverhohlen NATO-feindliche Viktor Janukowitsch die westlich orientierte Ministerpräsidentin Julija Timoschenko geschlagen. Der 2004 begonnene Westdrift der Ukraine fand ein jähes Ende. Janukowitschs gelenkte Justiz begann, die Demokratiebewegung zu kriminalisieren. Führer der Revolution wie Timoschenko und Jurij Luzenko kamen ins Gefängnis, das zuvor beinahe euphorische Verhältnis der EU zur Ukraine kühlte sich drastisch ab und ist heute so schlecht wie nie. Ein fertig ausgehandeltes Assoziierungs- und Freihandelsabkommen, das die Ukraine so nahe an Europa heranführen sollte wie die Schweiz oder Norwegen, liegt seither auf Eis.

Russland hat die Isolierung Janukowitschs gnadenlos ausgenutzt

Die Isolierung des Regimes Janukowitsch wird seither von Russland gnadenlos ausgenutzt. Die Ukraine ist aus russischer Sicht historisches Kernland; hier haben die Ostslawen das Christentum angenommen, von der Hauptstadt Kiew aus hat Großfürst Jurij Dolgoruki einst Moskau gegründet – und weil das so ist, hat Putin nach dem Scheitern der Demokratiebewegung offenbar dazu angesetzt, die „geopolitische Katastrophe“, den Zerfall der Sowjetunion, zumindest in ihren Folgen ein wenig zu lindern. Da die schwerindustriell geprägte Ukraine vom russischen Gas so abhängig ist wie ein Junkie vom Dealer, begann der Moskauer Staatskonzern Gazprom, das Land durch erbarmungslose Preissteigerungen in den Ruin zu treiben. Mittlerweile kostet russisches Gas die Ukraine zehnmal so viel wie vor zehn Jahren; und gleich nach Janukowitschs Machtantritt setzte Putin durch, dass Kiew den Schwarzmeerhafen Sewastopol für einen geringen Gasrabatt bis 2047 an die russische Schwarzmeerflotte verpachten musste. Seither haben russische Politiker immer wieder offen dargelegt, dass Kiew dem Würgegriff des Riesen Gazprom nur entkommen kann, wenn es seine europäischen Assoziierungspläne aufgibt und sich einer russisch kontrollierten Zollunion anschließt – die viele Ukrainer als Nachfolgeorganisation des russischen Reiches deuten.

Das Ringen um die Ukraine

Mit diesem neuerlichen Griff nach der Ukraine ist Russland in Osteuropa zum direkten Gegenspieler Polens geworden. Während nämlich viele europäische Regierungen (nicht zuletzt die deutsche) nach Janukowitschs Rückkehr zum Autoritarismus im Begriff sind, das Projekt der ukrainischen Westbindung aufzugeben, kämpft Polen weiter um seine historische Vision eines Schutzbundes osteuropäischer Völker. Westeuropäische Regierungschefs meiden Janukowitsch wie einen Aussätzigen, aber Polens Präsident Bronislaw Komorowski, ein früherer Dissident aus dem antikommunistischen Untergrund, lässt keine Gelegenheit aus, den sowjetisch geprägten Apparatschik Janukowitsch zu treffen, sein Ansehen in der Welt zu verbessern und in Europa für die Ukraine zu werben. Veteranen der polnischen Politik wie Janusz Reiter, ehemals Botschaf-

ter in Deutschland und in den USA, drängen Europa dazu, die geplante Assoziierung jetzt ja nicht fallen zu lassen. Das strategische Glacis Ukraine nur deshalb den Russen zu überlassen, weil die gegenwärtige Führung einem gerade nicht demokratisch genug scheint, hält diese Denkschule für kontraproduktiv. „Es gibt 150 Länder auf der Welt, in denen wir unsere Prinzipientreue besser beweisen können", sagt Reiter. Niemand könne wollen, dass die Ukraine an Russland fällt, der Westen aber „auf seinen Prinzipien sitzenbleibt". Auch in Sachen Wirtschaftsbeziehungen bemüht sich Polen. Laut Ernst & Young schufen polnische Investoren, die mit einem Anteil von 6 Prozent an den ausländischen Direktinvestitionen auf Rang sechs lagen (zwischen 2006 und 2010; 1. USA: 12 Prozent; 2. Deutschland: 12 Prozent; 3. Russland: 10 Prozent), mit 1900 Arbeitsplätzen mehr als alle anderen.

Weil Polen beinahe bedingungslos die Ukraine stützt, ist der russisch-polnische Gegensatz heute wieder ein bestimmender Faktor in Osteuropa. Die Versuche der Entspannung gehen zwar weiter: Der historische Dialog wird fortgesetzt, die russische Exklave Kaliningrad ist in den kleinen Grenzverkehr der EU aufgenommen worden, vergangenen Sommer hat erstmals der orthodoxe Patriarch von Moskau Warschau besucht. Dennoch ist die Stimmung giftig. In der polnischen Öffentlichkeit blühen Mordtheorien, denen zufolge der Flugzeugabsturz Lech Kaczynskis auf ein russisches Attentat zurückgeht, und die Regierungen streiten darüber, wann die russischen Behörden dessen zerschmetterte Tupolew 154 endlich in die Heimat zurückkehren lassen.

Der russisch-polnische Gegensatz ist wieder bestimmender Faktor

Der polnisch-russische Interessengegensatz ist im Ringen um die Ukraine in voller Schärfe wiedergekehrt. Während Moskau immer unverhohlener nach Kiew, der „Mutter aller russischen Städte", greift, kehrt in Warschau die Sorge wieder, Polen könnte als nächstes dran sein. Wie sehr dieser alte Furchtreflex mittlerweile alle Sphären der Warschauer Politik durchdringt, hat Roman Kuzniar, ein enger Berater Komorowskis, kürzlich in einem Zeitungsaufsatz demonstriert. Kuzniar rief die zögerliche politische Klasse seines Landes dazu auf, alles zu unternehmen, um trotz weitverbreiteter Skepsis in der Wählerschaft den Euro auch in Polen einzuführen. Die Sorge vor Russland schien klar durch: Wer die gemeinsame Währung nicht habe, so Kuzniar, werde niemals zum „harten Kern" des Westens gehören, zur Zone der maximalen Sicherheit. Wer den Euro nicht habe, der bleibe „an der Peripherie der Union, an der Peripherie Europas". Polen dürfe das „aus vielen offensichtlichen Gründen nicht zulassen", denn sein Ausstieg aus der vollen Integration „würde nur Moskau Genugtuung bringen". Die Warschauer Europapolitik hat damit zu einem wichtigen Teil funktionalen Charakter: Der Drang nach Westen entspringt nicht zuletzt der Furcht vor dem Osten.

Konrad Schuller
ist Korrespondent der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* für Polen und die Ukraine.

NACHFOLGE IN GEFAHR?

WWW.DUB.DE

Mit einem Inserat auf DUB.de erreichen Sie bis zu 1,2 Mio. Interessenten – einfach, sicher und schnell.

Service für Leser der Zeitschrift IP:

Schalten Sie Ihr Verkaufsangebot auf DUB.de für nur 59 Euro pro Monat. Es fallen keine weiteren Kosten an. Bei einer Buchung profitieren Sie von unserem 3-für-2-Angebot. Hierbei erstatten wir Ihnen den dritten Monat.

Zeitschrift IP-Leser schreiben einfach eine E-Mail mit dem Betreff „Zeitschrift IP“ an: fabiana.calasans@dub.de oder rufen an unter 040/46 88 32-663. Wir richten dann Ihren Zugang für Sie ein und senden Ihnen umgehend Ihre Benutzerdaten zu.

DUB DEUTSCHE UNTERNEHMERBÖRSE

Weniger Angst vor Abhängigkeiten

Versorgungssicherheit durch Diversifikation bleibt aber ein großes Thema

Ernest Wyciszkiewicz | **Die Furcht vor einem Russland, das Polen den Öl- und Gashahn abdrehen könnte, ist in jüngster Zeit einer vielschichtigen Debatte über die Energiepolitik gewichen. Die Schaffung eines funktionierenden europäischen Gasmarkts könnte die Sorgen weiter mindern. Ob Schiefergas und Atomenergie zukunftsträchtig sind, muss sich noch erweisen.**

Kein anderes volkswirtschaftliches Thema wird derzeit in Polen so intensiv diskutiert wie Energie: Wie lassen sich die Versorgungssicherheit von Primärquellen und Endenergie sicherstellen und die aktuellen Öl- und Gasimport-Abhängigkeiten reduzieren? Welche Kosten und Nutzen birgt die EU-Klimapolitik für den polnischen Energiesektor? Wie soll es mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien weitergehen, und welche Zukunft hat die Kohle? Wie steht es mit der Liberalisierung der Gas- und Strommärkte? Welchen Investitionsbedarf gibt es im Upstream-, Midstream- und Downstream-Bereich, also bei der Produktion, beim Import und Großhandel und beim Vertrieb? Und nicht zuletzt: Welche Zukunftschancen haben die Förderung von Schiefergas und der Bau von Kernkraftwerken? All diese Themen sind so eng miteinander verbunden, dass jede starre Trennung oberflächlich wäre.

Meist werden die energiepolitischen Ziele in Form eines Dreiecks gedacht – mit Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit (oder um genau zu sein: heute faktisch Klimapolitik) als Eckpunkte. Das Mantra, das sich in zig strategischen Dokumenten wiederfindet, ist in ganz Europa bekannt, Polen eingeschlossen. Es versteht sich von selbst, dass die polnische Energiepolitik die Verfügbarkeit von Energieträgern zu erschwinglichen Preisen bei einem möglichst kleinen ökologischen Fußabdruck zu sichern sucht. Dies spiegelt sich in den Grundlinien der polnischen Politik, die in dem Papier „Energiepolitik bis 2030“ festgelegt sind, als da wären: Steigerung der Energieeffizienz, Verbesserung der Versorgungssicherheit, Diversifikation der von Kohle dominierten Stromerzeugung durch Kernenergie und erneuerbare Energien sowie die Entwicklung wettbewerbsorientierter Märkte.

Polnische Energiepolitik wird oft auf die Gewährleistung der Versorgungssicherheit von Erdgas durch die Diversifikation der Bezugsquellen, also auf die

abnehmende Importabhängigkeit von Russland reduziert. Was jedoch noch vor fünf oder sechs Jahren galt, bildet längst nicht mehr die sehr viel komplexere Realität ab. Dynamische Entwicklungen innerhalb der EU bei der Energie- und Klimapolitik stellen die vorherrschenden Annahmen in Frage, die dem polnischen Ansatz zugrunde liegen. Obwohl Versorgungssicherheit zusammen mit der Diversifikation immer noch zu den heikelsten politischen Themen gehört, haben sich in den vergangenen Jahren doch andere Themen gleicher Wichtigkeit herauskristallisiert. Die Energielandschaft Polens wird multidimensional.

Ausgangspunkt für jede Analyse muss der spezifische Energiemix Polens sein. Der Primärenergieverbrauch wird von der Kohle (54 Prozent, einschließlich Braunkohle) dominiert, gefolgt von Öl (23 Prozent), Erdgas (13 Prozent) und erneuerbaren Energien (10 Prozent, hauptsächlich Biomasse). Die Struktur der Primärenergieproduktion sieht etwas anders aus, mit einer noch stärkeren Position der Kohle (80 Prozent), einer wachsenden Rolle von erneuerbaren Energien (13 Prozent), einer gleichbleibenden inländischen Erdgasversorgung (6 Prozent) und einer geringfügigen Menge Öl (1 Prozent). Da etwa 70 Prozent der Nachfrage durch heimische Produktion von Kohle, Gas und erneuerbare Energien abgedeckt wird, rangiert Polen in EU-Statistiken zur Energieunabhängigkeit relativ weit oben. Aber der Teufel steckt im Detail, nicht in aggregierten Indikatoren. Die angeblich so hohe Versorgungssicherheit muss im richtigen Zusammenhang gesehen werden: nämlich im Kontext der erheblichen Abhängigkeit von der Einfuhr von Öl (über 95 Prozent) und Erdgas (fast 70 Prozent) aus Russland.

Polens Stromerzeugung basiert fast völlig auf Stein- und Braunkohle

Dies hat ein Gefühl der Verwundbarkeit erzeugt und war der Hintergrund für verschiedene polnische Initiativen zur Verbesserung der Widerstandsfähigkeit seines Energiesystems gegenüber externen Schocks. Dabei ist die politische Dimension der Energiesicherheit nur ein Teil der Gleichung. Ebenso wichtig wurden in den vergangenen Jahren die wirtschaftlichen Kosten für notwendige Umgestaltungen des Energiesystems in Richtung effizienter, integrierter und umweltfreundlicher Systeme, besonders mit Blick auf die Stromerzeugung, die bisher fast völlig auf Steinkohle und Braunkohle basiert.

Die politische Dimension: Risikoreduzierung im Öl- und Gassektor

Die Abwendung von Russland war in den vergangenen Jahren Dreh- und Angelpunkt jeder polnischen Energiepolitik. Die Abhängigkeit von russischen Öl- und Gasimporten wurde ein wenig durch neue Transitwege reduziert, namentlich durch die „Yamal-Europe"-Gaspipeline und den nördlichen Zweig der „Druschba" („Freundschaft")-Ölpipeline, die beide die Förderstätten in Westsibirien mit dem deutschen Markt verbinden. Doch die „Nord Stream"-Gaspipeline durch die Ostsee (seit 2011 in Betrieb) und die Anbindung „System 2", die die „Druschba" mit dem russischen Ölhafen nahe Sankt Petersburg vernetzt (2012 fertiggestellt), haben Polens Bedeutung als Transitland wieder relativiert. Darüber hinaus beeinträchtigt „Nord Stream" – nach vorherrschender Meinung – nicht nur die langfristigen Sicherheitsinteressen Polens,

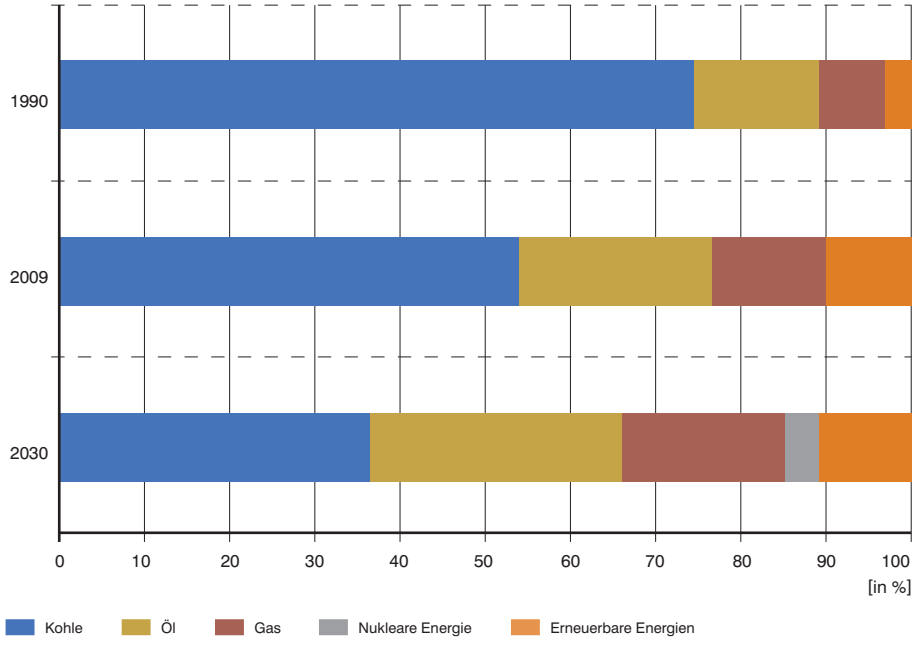
Bild nur in Printausgabe verfügbar

sondern hat auch bewiesen, dass EU-Solidarität in Sachen Energie eine Illusion ist. Wiederkehrende Gaskrisen zwischen Russland und Weißrussland und – noch bedeutender – zwischen Russland und der Ukraine haben in den vergangenen Jahren gezeigt, dass Polen bei Unstimmigkeiten zwischen Dritten leicht der Leidtragende werden könnte. Und schließlich spürt Polen die wirtschaftlichen Folgen der Importabhängigkeit in der Form, dass die Gaspreise, die es zahlt, deutlich höher liegen als jene, die Deutschland oder Frankreich an Gazprom zahlen.

Reale und eher gefühlte Risiken haben also die polnische Regierung dazu bewogen, nach geeigneten Lösungen Ausschau zu halten. Die Suche nach anderen Bezugsquellen (einheimische und ausländische) wurde zum vorrangigen Thema, das aber von anderen wichtigen Fragen begleitet wurde, wie die Förderung einheimischer Speicherkapazitäten, Investitionen in analoge und virtuelle Umkehrverbindungen zu angrenzenden EU-Ländern, damit die in den EU-Richtlinien skizzierten Krisenmanagement-Mechanismen auch greifen können, sowie die Liberalisierung der Gas- und Strommärkte gemäß dem Dritten EU-Energiepaket (2009).

Mit Blick auf die Diversifikationen entschloss sich Polen, Nutzen aus zwei wesentlichen Entwicklungen zu ziehen, die die internationalen Gasmärkte verändert haben: der wachsenden weltweiten Produktion von Flüssiggas (Liquified Natural Gas/LNG) und der Schiefergas-Revolution. Ersteres wurde durch den Bau eines Terminals zur Wiederverdampfung von flüssigem Erdgas in Swinoujscie an der Ostseeküste in Gang gesetzt (voraussichtliche Fertigstellung im Juni 2014). 2009 unterzeichnete die polnische Öl- und Gasgesellschaft PGNiG das bislang einzige Abkommen über den Bezug von einer Megatonne LNG (etwa 1,4 Milliarden Kubikmeter) pro Jahr. Vertragspartner ist die

Primärenergieverbrauch nach Energieträger IP|03/04|13



Quelle: International Energy Agency

Handelsgesellschaft von Qatargas, die vereinbarte Laufzeit beträgt 20 Jahre (2014 bis 2034). Die geplante Kapazität des Terminals von 7,5 Milliarden Kubikmetern pro Jahr (was etwa der Hälfte des derzeitigen polnischen Verbrauchs entspricht) sollte dem polnischen Markt im Fall einer plötzlichen Unterbrechung der Versorgung bedeutende Reserven bieten. Doch im Kontext der weltweiten Steigerung der LNG-Produktion in Verbindung mit dem Wegfall des amerikanischen Marktes (in nächster Zeit dürften die Vereinigten Staaten auf viele Jahre hinaus zum LNG-Exporteur werden), wird der Terminal Polen in die Lage versetzen, ein aktiverer Akteur am Gas-Spotmarkt in der EU zu werden und seine vertragliche Flexibilität zu erhöhen.

Zudem wandelte sich die Erdgasdebatte 2010 schlagartig, als erste Informationen bekannt wurden, die auf bedeutende Vorkommen unkonventionellen Erdgases in Polen schließen lassen. Eine Studie der amerikanischen US Energy Information Administration (EIA) wies Polen mit 5,3 Billionen Kubikmetern technisch förderbarem Schiefergas als eines der Länder mit den größten Reserven in Europa aus. Diese Schätzungen wurden nachträglich 2012 vom Polnischen Geologischen Institut nach unten korrigiert, dennoch waren die politischen Eliten, die Wirtschaft und die öffentliche polnische Meinung von einem eigenartigen „Schiefergas-Fieber“ ergriffen. Das gewaltige Interesse spiegelte sich auch in der Zahl polnischer und internationaler Unternehmen aus den USA, Kanada, Großbritannien und Italien wider, die an der Exploration der

meistversprechenden Gebiete von der Ostsee bis zur ukrainischen Grenze interessiert sind. Das Umweltministerium erteilte in den vergangenen Jahren bereits über 100 Lizenzen. Einige der ersten Bohrungen erbrachten enttäuschende Resultate, andere gaben Anlass zu Optimismus. Zwar ist es noch zu früh, um Prognosen abzugeben, aber selbst wenn die eher zurückhaltenden Schätzungen zutreffen und sich die Schiefergas-Förderung als wirtschaftlich sinnvoll erweist, könnte dies das Blatt für die Region wenden – jedenfalls ist das die Hoffnung vieler Polen. Da es aber keine ausreichenden Erkenntnisse über die tatsächlich vorhandenen Vorkommen gibt, stellt sich noch stärker die Frage nach der langfristigen Profitabilität der Schiefergas-Ausbeutung. Sie wird von diversen Faktoren abhängen: der Menge der bestätigten Reserven, den Eigenschaften des Schiefergases, dem Marktzugang, der nutzbaren Infrastruktur, den Betriebskosten, den dadurch verursachten ökologischen Schäden und der öffentlichen Meinung vor allem in den betroffenen Gemeinden.

Erdgas gilt nicht mehr als notwendiges Übel, sondern als Lösung

Im Oktober 2012 veröffentlichte die Regierung einen lange erwarteten Gesetzentwurf, der unter anderem die regulatorischen und steuerlichen Rahmenbedingungen für die Ausbeutung unkonventioneller Vorkommen präzisieren soll. Die Regierung reagierte damit auf die Industrie, die sich langfristige Rechtssicherheit wünscht, bevor sie wichtige Investitionsentscheidungen trifft. Obwohl eine kommerzielle Förderung von Schiefergas noch nicht begonnen hat, lassen sich bereits interessante Effekte beobachten: Erdgas wurde vom notwendigen Übel zur langfristigen Lösung der Energieversorgungssicherheit.

Integration per Regelwerk und Pipelines

Nicht zu vergessen ist, dass Polens Erdgaspolitik zu einem gewissen Ausmaß von Entwicklungen innerhalb der EU bestimmt wird, wo ein offener und wettbewerbsfähiger Erdgasmarkt entstehen soll. Im März 2011 wurde das dritte Liberalisierungspaket verabschiedet, das die physische, rechtliche und regulatorische Integration aller noch immer separaten Erdgasmärkte zum Ziel hat. Polen sieht einen funktionierenden Markt und die Abschaffung von „Erdgas-Inseln“ innerhalb der EU als Grundvoraussetzung für eine effektive Krisenmanagementpolitik und für die Entwicklung einer Methode der Risikostreuung an. Jeder Mitgliedstaat muss nun die neuen Vorschriften umsetzen, in Polen ist das neue Erdgas-Gesetz schon auf dem Weg.

Rechtliche und regulatorische Integration wäre nutzlos ohne physische Verbindungen, was im Fall Polens den Ausbau regionaler Erdgasnetze bedeutet. Dieser ist auch schon im Gange: Eine Erdgaspipeline zur Tschechischen Republik wurde bereits 2011 fertiggestellt, die Verbindung zu Deutschland wurde ausgebaut, über den Bau einer polnisch-slowakischen Pipeline finden bereits Gespräche statt, und der virtuelle Reverse-Flow der „Yamal-Europe“-Pipeline wurde 2012 in Betrieb genommen. Polen gehört zu den überzeugtesten Vertretern der Energieintegration in Zentraleuropa und trug zu der Gründung der Gruppe Hoher Repräsentanten für den Nord-Süd-Gaskorridor unter der

Schirmherrschaft der Europäischen Kommission bei. Diese Initiative zielt darauf, die Altlast des ehemals sowjetischen Einflusses auf den ost-westlichen Erdgastransport zu überwinden. Das langfristige Ziel besteht in der Errichtung eines funktionierenden regionalen Marktes, der physisch durch Reverse-Flow-Leitungen verbunden ist und ein diversifiziertes Versorgungsportfolio bietet: einheimische Produktion aus Rumänien, Ungarn und Polen, russische Lieferungen sowie LNG, das durch derzeit geplante Terminals in Polen, Rumänien und Kroatien eingespeist werden soll.

Konkurrenzfähigkeit und Nachhaltigkeit

Auch wenn wir annehmen, dass die Erdgas- und Ölversorgung aus dem Ausland gesichert ist, bestehen noch viele weitere Probleme, die angegangen werden müssen. Dies gilt insbesondere für die Struktur der Stromerzeugung und deren Implikationen für die Industrie ebenso wie für den individuellen Verbraucher.

Dass sicherheitspolitische Aspekte die Diskussionen dominieren, hat sich seit den schwierigen EU-Verhandlungen über die Energie- und Klimapolitik 2008 gewandelt, die schließlich zu einem erfolgreichen Ende geführt wurden – allerdings erst, nachdem Polen mit Erfolg eine Koalition der neuen EU-Mitgliedstaaten aus Zentraleuropa mobilisierte, um riskanten Vorschlägen die Spitze zu nehmen. Seitdem werden die EU-Klimapolitik und ihre Auswirkungen auf den Energiesektor – eine Verbindung, die zuvor im politischen und öffentlichen Bewusstsein Polens schlicht nicht existierte – breit diskutiert. Die Regierung geriet zuletzt unter großen Druck ihrer EU-Partner, ihnen auf dem Weg zu einem fast gegen null gehenden Kohlendioxidausstoß zu folgen; unter Verweis auf die abträglichen Folgen, die zu radikale Vorschläge für die polnische Volkswirtschaft hätten, konnte Warschau allerdings dem Druck standhalten.

Polen stemmt sich gegen zu ambitionierte CO_2-Reduktionsziele

Die Unterstützung für Energieeffizienz und den Ausbau erneuerbarer Energieträger mischt sich mit unverhohlener Kritik an den weitreichenden CO_2-Emissionsreduktionszielen, die sich auf die polnische Energiegewinnungswirtschaft und energieintensive Unternehmen verheerend auswirken und damit die Wettbewerbsfähigkeit der gesamten Volkswirtschaft in Frage stellen könnten. Aus diesem Grund legte die polnische Regierung sowohl gegen die EU-Roadmap zur Schaffung einer Wirtschaftsordnung mit geringem CO_2-Ausstoß („low carbon economy“) als auch gegen den Energiefahrplan 2050 ihr Veto ein, die als inakzeptable Belastung ohne hinreichende Anreize betrachtet wurden. Polen stemmt sich außerdem gegen ambitionierte, selbst gesetzte CO_2-Emissionsreduktionsziele, solange die Hauptemittenten nicht zu anteiligen Schritten bereit sind; und das dürfte auf absehbare Zeit nicht der Fall sein.

Die 2008 einsetzende Wirtschafts- und Finanzkrise, neue Entwicklungen bei den fossilen Brennstoffen und die mageren Ergebnisse internationaler Verhandlungen zur Bekämpfung des Klimawandels haben bestimmte europäische Ambitionen gedämpft. Dennoch bleibt Polen äußerst wachsam gegenüber allen potenziellen Risiken, die von oben verordneten Maßnahmen zur CO_2-Reduk-

tion ausgehen. Angesichts des polnischen Energiemix, bei dem Kohle gerade bei der Stromerzeugung die zentrale Rolle spielt, sollte das nicht überraschen. Wenngleich Projektionen heute anzeigen, dass die Bedeutung der Kohle zugunsten von Erdgas, erneuerbaren Energien (und möglicherweise der Atomenergie) zurückgehen wird, wird Kohle auf Jahrzehnte hinaus der stabilisierende Faktor bleiben. Die Entwicklung neuer Stromerzeugungskapazitäten – einschließlich nuklearer Anlagen und Kombinationskraftwerken – und die Modernisierung der veralteten Netze zählen angesichts der Voraussagen eines stetig steigenden Stromverbrauchs in Polen zu den zentralen Herausforderungen. Die Diversifikation der Bezugsquellen bei der Stromversorgung ist dabei integraler Bestandteil der nationalen Energiepolitik.

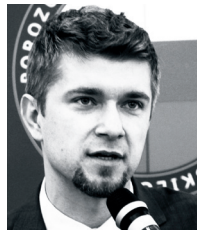
Kohle wird auf Jahre hinaus der stabilisierende Faktor bleiben

Die Dominanz der Kohle soll auch durch den Einstieg in ein Atomenergieprogramm gemindert werden: Der erste Reaktor soll 2020 ans Netz gehen, weitere sollen folgen. Innenpolitische Widerstände gibt es nicht, die Formulierung institutioneller und rechtlicher Rahmenbedingungen steht kurz vor dem Abschluss, eine Liste möglicher Standorte ist schon fertig, ein Hauptinvestor – das polnische Energieunternehmen PGE – bereits ausgewählt. Die bei solchen finanzintensiven Großprojekten üblichen Unsicherheiten und die ungelöste Frage der Entsorgung von Atommüll bleiben aber bestehen. Und im Nachklang des Reaktorunglücks von Fukushima gibt es in der EU Pläne, die ohnehin schon strengen Sicherheitsbestimmungen noch weiter zu verschärfen, was zu noch höheren Kosten führen könnte. Dessen ungeachtet hält die polnische Regierung entschlossen an ihren Atomplänen fest.

Auf dem Weg zu einem grüneren Energiemix

Angesichts neuer Herausforderungen hat sich die polnische Konzentration auf Versorgungssicherheit – oder genauer: die Abhängigkeit von russischem Gas und Öl – in den vergangenen Jahren immer mehr abgeschwächt. Zugleich ist das Bewusstsein gewachsen, dass Marktfragen, der Liberalisierung und der Klimapolitik mehr Aufmerksamkeit gebührt.

Denn bei aller Kritik Polens an der Reduktion von CO_2-Emissionen ist das Land aufgrund von EU-Regularien, unter anderem durch das EU-Emissionshandelssystem, verpflichtet, den Kohlendioxidausstoß zu verringern, die Energieeffizienz zu verbessern und die erneuerbaren Energien auszubauen – bis 2020 auf einen Anteil von 15 Prozent am Gesamtverbrauch. Nimmt man die aktuellen Pläne für effizientere Kohle- und Gaskraftwerke und für die Modernisierung der alternden Netze hinzu, vom Start eines Atomenergieprogramms ganz zu schweigen, dann wird deutlich: Die zentrale Herausforderung für Staat und Industrie ist es, die Mittel aufzubringen, um all dies rechtzeitig zu finanzieren.



Ernest Wyciszkiewicz ist Energieexperte und stellvertretender Leiter des Zentrums für Polnisch-Russischen Dialog und Verständigung (CPRDiP) in Warschau.

Polen von A bis Z

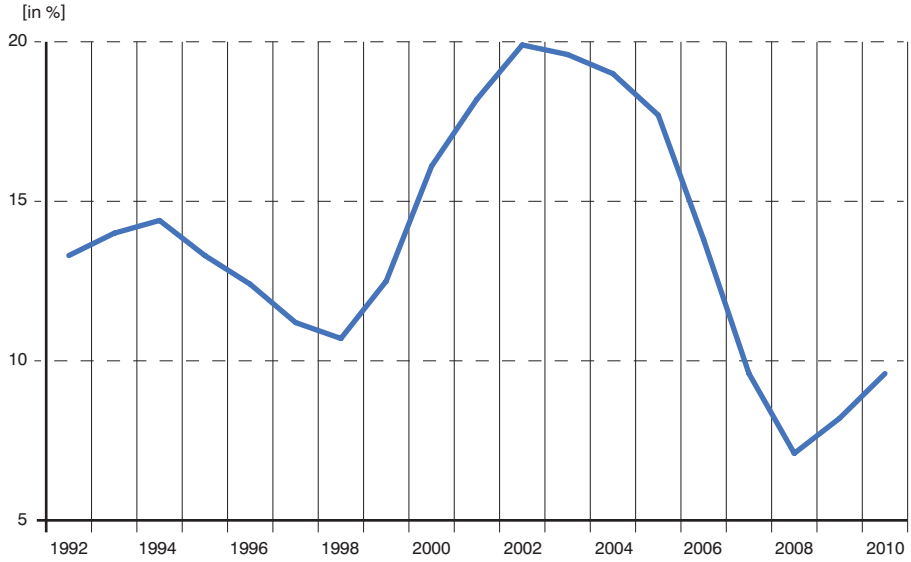
Arbeitslosigkeit und Armut

Während Polen in der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008 als eines der wenigen Länder ein beeindruckendes Wirtschaftswachstum verzeichnen konnte, hat sich die Arbeitslosigkeit als hartnäckiges Problem erwiesen. Nach vorläufigen Zahlen des polnischen Statistikamts (Glowny Urzad Statystyczny/ GUS) lag die Arbeitslosenquote im Dezember 2012 bei 13,4 Prozent; der provisorische Mittelwert für das ganze Jahr 2012 bei 12,4 Prozent. Dabei war es gelungen, die Arbeitslosigkeit vom Höchststand 19,9 Prozent (2002) nach Angaben der Weltbank bis 2008 auf 7,1 Prozent drastisch zu reduzieren. Dies wurde vor allem durch den EU-Beitritt und den damit verbundenen Investitionen und Subventionen ermöglicht, aber auch durch die Migration vieler Polen ins europäische Ausland (siehe dazu den Eintrag „Migration“, S. 44).

Nicht ganz so stark ging im gleichen Zeitraum die Armut zurück. Lebte 2004 fast jeder fünfte Pole unterhalb der nationalen Armutsgrenze, so war es 2008 noch jeder zehnte. Materielle Nöte waren auch Ende des Jahrzehnts noch weit verbreitet: So konnten 20 Prozent der Polen nicht einmal angemessen heizen und 63 Prozent sich keinen Urlaub leisten. Wenngleich Polen bisher verhältnismäßig gut durch die globale Krise gekommen ist, dürften das zuletzt

© KATARINA STOLTZ/ Reuters/ Corbis

Arbeitslosenquote IP | 03/04 | 13



Quelle: Weltbank

rückläufige Wachstum und die steigenden Arbeitslosenzahlen an dieser Situation wenig ändern. Besonders stark ausgeprägt ist Armut in ländlichen Regionen, in denen das Wirtschaftswachstum oft deutlich geringer ist als in urbanen Zentren. Daher ziehen viele, besonders junge Polen vom Land in die Städte, was die Kluft weiter verschärft.

Dass die Armut langsamer zurückgeht, lässt sich unter anderem auf die Liberalisierungspolitik und auf die Praxis der Vergabe zeitlich befristeter Verträge insbesondere für junge Arbeitskräfte zurückführen. Berufseinsteiger sind so rechtlich deutlich schlechter gestellt, als es bei unbefristeten Verträgen der Fall wäre; dies gilt auch für die Arbeitsbedingungen und die Karriereperspektiven. Zudem beträgt das Einkommen bei befristeten Verträgen durchschnittlich nur um 1000 Zloty (rund 250 Euro) monatlich. Der Anteil der über 18-Jährigen, die trotz einer Arbeitsstelle über weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens verfügen und daher in EU-Statistiken als „von Armut bedroht" eingestuft werden, fiel zwischen 2005 und 2007 von 13,8 Prozent auf 11,7 Prozent, nahm seitdem aber nur noch leicht ab. 2011 lag der Anteil bei 11,1 Prozent.

Trotz der Inflation von Universitätsabschlüssen (siehe „Jugend und Bildung", S. 36f.): Absolventen in den Bereichen IT, Management oder Finanzen haben weiterhin gute Aussichten. In anderen Branchen erreichen Berufseinsteiger allerdings erst nach durchschnittlich sieben Jahren ein angemessenes Einkommensniveau. Noch angespannter ist die Beschäftigungs- und Einkommenslage im verarbeitenden Gewerbe: Dort waren die meisten Arbeitslosen vor ihrer Entlassung beschäftigt. Der Schritt in die Selbstständigkeit scheint sich nicht als tragfähige Alternative zu erweisen: Zwischen 2003 und 2010 sank der Prozentsatz der Selbstständigen von 27,3 auf 22,8 Prozent.

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Frauen

Einerseits ist die Ausbildungs- und Beschäftigungsrate gerade unter jungen Frauen hoch: 2011 hatten 43,5 Prozent in der Altersgruppe zwischen 30 und 34 Jahren einen Hochschulabschluss. (Bei den Männern lag der Wert nur bei 30,3 Prozent.) Polen liegt damit deutlich über dem EU-Durchschnitt von 38,5 Prozent. Außerdem sind ca. 53 Prozent der Polinnen zwischen 15 und 64 Jahren erwerbstätig. Andererseits ist das Familienbild immer noch traditionell geprägt: Für die Kinderbetreuung sind weiterhin hauptsächlich die Frauen verantwortlich. Dies führt zu einer Mehrfachbelastung: Neben der Berufstätigkeit, die zwar nach Ende des Sozialismus gesunken ist, aber seit 2007 wieder kontinuierlich steigt, sind Frauen hauptsächlich für Haushalt und Kinder zuständig.

Die Frauenpolitik sieht die Polinnen hauptsächlich als Mütter, in anderen Bereichen gibt es kaum frauenspezifische Politik. Es gibt einmalig ein Entbindungsgeld („Becikowe“) von 1000 Zloty (umgerechnet etwa 250 Euro) und seit 2010 einen Mutterschaftsurlaub von 22 Wochen. Ein nennenswerter Vaterschaftsurlaub ist nicht vorgesehen: Männer können sich maximal zwei Wochen frei nehmen. Nach dem Mutterschaftsurlaub mangelt es an Möglichkeiten, Mutterschaft und Berufstätigkeit zu vereinbaren: Es gibt ein sehr geringes Kindergeld (umgerechnet etwa 18 Euro pro Monat für Kinder unter sechs Jahren) und wenige Betreuungsplätze. Diese Situation soll mit dem „ustawa zlobkowa“ („Kinderkrippen-Erlass“) der Regierung verbessert werden, doch die Mittel zur Einrichtung von Kinderkrippen genügen nicht, um die Anzahl der Plätze ausreichend zu erhöhen. Daher werden 98 Prozent der Kinder bis drei Jahre privat betreut, meist von den Müttern oder Verwandten. Auch bei Kindern über drei Jahre ist der Anteil der privat Betreuten mit 58 Prozent noch ungewöhnlich hoch.

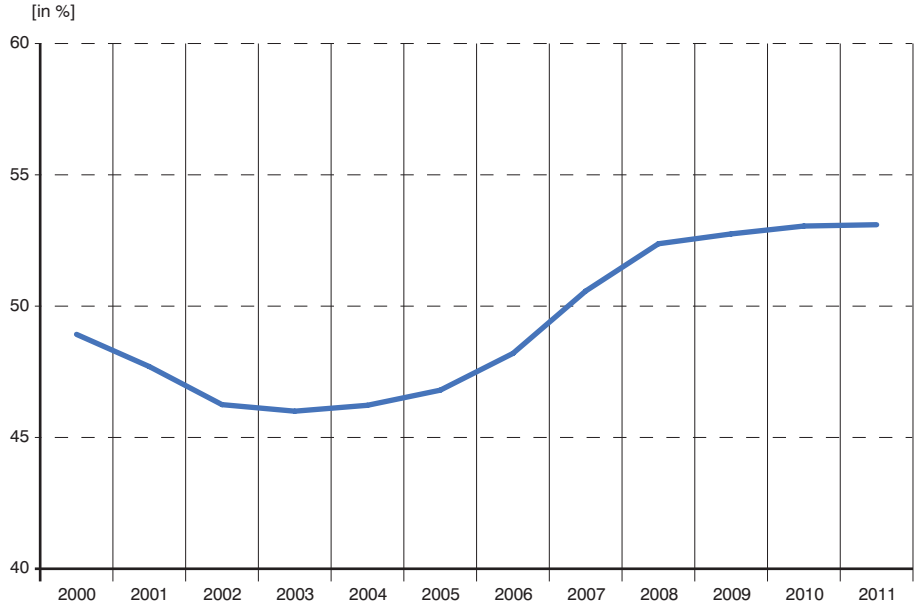
Der höhere Bildungsgrad von Frauen, der Druck, erwerbstätig zu sein, führen zusammen mit dem traditionellen Frauenbild zu einem Rückgang der Geburtenzahlen: Derzeit liegt der statistische Wert bei 1,29 Geburten pro Frau (EU-Durchschnitt 2010: 1,59). Außerdem schlägt sie sich in dem steigenden Anteil von Frauen in der Teilzeitbeschäftigung nieder: 1997 noch bei 61 Prozent, kletterte er bis 2012 auf 68 Prozent.

© PETER ANDREWS/ Reuters/ Corbis

NGOs wie NEWW-Polska („Netzwerk Ost-West für Frauen in Polen“) kritisieren seit langem, dass die Familienpolitik ungeeignet ist, die wirtschaftliche Partizipation von Frauen zu fördern. Welche Bedeutung Frauenfragen heute zukommt, lässt sich daran ablesen, dass es mittlerweile landesweit rund 300 Organisationen gibt, die sich damit befassen – obwohl es NGOs in Polen nicht leicht haben und kaum Hilfen erhalten. Ein weiterer traditionell belasteter Kritikpunkt ist das strikte Abtreibungsgesetz Polens, das Abtreibungen nur in speziellen Fällen wie Vergewaltigung oder schwerer Missbildung des Fötus zulässt. Im Parlament, dem Sejm, wurde zuletzt debattiert, ob nicht auch letzteres verboten werden sollte.

In anderen Bereichen ist Polen progressiver: Seit 2010 müssen 35 Prozent der Kandidaten für das Parlament weiblich sein. Aktuell sind aber nur 23,9 Prozent der Parlamentarier Frauen (der EU-Durchschnitt liegt bei 24,9 Prozent). In der Privatwirtschaft rangiert Polen mit einem Frauenanteil von 33 Prozent bei den Führungskräften genau im EU-Mittel. Auffällig ist, dass Frauen mit einem Anteil von 20 Prozent relativ stark als Unternehmensgründerinnen von kleinen und mittleren Firmen in den vergangenen Jahren in Erscheinung getreten sind; auch ist die Kluft in der Bezahlung männlicher und weiblicher Arbeitnehmer vergleichsweise gering: In Polen verdient die Frau für die gleiche Beschäftigung im Durchschnitt „nur“ 9,8 Prozent weniger als ein Mann (der EU-Durchschnitt: 17,5 Prozent). Dennoch sind insgesamt nur 3 Prozent der Arbeitgeber Frauen und auch nur 3 Prozent der großen und mittleren Firmen werden von Frauen geführt.

Anteil erwerbstätiger Frauen zwischen 15 und 64 Jahren IP|03/04|13



Quelle: OECD

2010 arbeiteten 71 Prozent der Frauen im Dienstleistungsbereich, 16 Prozent in der Industrie und 13 Prozent in der Landwirtschaft (Männer: 45 Prozent, 42 Prozent und 13 Prozent). Frauen finden vor allem im öffentlichen Dienst, im Gesundheitssektor und in der Leichtindustrie (zum Beispiel Textilindustrie) Beschäftigung. Auch im Finanz- und Medienbereich sind Frauen stark vertreten und nehmen Führungspositionen ein: Prominente Beispiele sind die heutige Bürgermeisterin von Warschau, Hanna Gronkiewicz-Waltz, die zwischen 1992 und 2000 Präsidentin der Polnischen Nationalbank war, und die frühere Citibankerin Wanda Rapaczynski, Mitgründerin und 1998 bis 2007 CEO der Mediengruppe Agora.

Angespannter ist die Lage im Bildungs- und Gesundheitswesen, wovon insbesondere Frauen betroffen sind: Im Zuge der Regierungsinvestitionen für den Infrastrukturausbau zur Fußball-Europameisterschaft 2012 wurden besonders hier die Budgets stark gekürzt, sodass in diesen weiblich dominierten Sektoren nun weniger Anstellungen möglich sind. In der Schwerindustrie und in anderen Bereichen, in denen körperliche Kraft erforderlich ist, werden nicht nur bevorzugt Männer eingestellt, teilweise ist in diesen Bereichen auch automatisch der Lohn höher, so z.B. im Zuschnitt in der Textilindustrie. Hinzu kommt, dass die Löhne im öffentlichen Dienst und im Gesundheitsbereich eingefroren sind.

Diskriminierung von Frauen zeigt sich auch in anderen Bereichen des Wirtschaftslebens. So ist es zulässig, bei Bewerbungsgesprächen nach der Familienplanung zu fragen. Frauen werden bereits im Alter von 60 Jahren pensioniert und erhalten niedrigere Rentenleistungen. Bis 2020 soll das Rentenalter für Männer auf 67 Jahre heraufgesetzt werden, für Frauen erst bis 2040. Beim jüngsten Gender Gap Index des World Economic Forum rangierte Polen nur auf Platz 53 (von 135; zum Vergleich: Deutschland lag auf Platz 13).

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Gesundheitssystem

Das polnische Gesundheitssystem in seiner heutigen Form wurde erst 2004 per Parlamentsbeschluss geschaffen. Wie die vieler anderer wirtschafts- und sozialpolitischer Bereiche erwies sich auch die Reform des Gesundheitssystems als langwieriger Prozess. Noch immer gibt es gravierende Defizite, was sich bei-

© Martin Dimitrov/ iStockphoto

spielsweise beim „Euro Health Consumer Index“ von 2012 zeigt: Dort kam Polen nur auf Platz 27 (von 34) – das kleinere Nachbarland Tschechien dagegen auf Rang 15.

Kritisiert werden vor allem der mangelnde Zugang zu neuen Medikamenten, was insbesondere Sparbeschlüssen geschuldet ist, denen zufolge teure Arzneimittel nicht mehr von der gesetzlichen Krankenversicherung gedeckt werden, die hohe Sterberate bei Krebserkrankungen, die vor allem eine Folge mangelhafter Früherkennung ist, und die langen Wartezeiten auf Termine bei Ärzten – insbesondere Spezialisten – und in Krankenhäusern.

Ein weiteres Problem besteht in der teilweise unzureichenden Finanzierung der staatlichen Krankenhäuser. Die Privatisierung von Krankenhäusern ist allerdings stark umstritten, da eine Verteuerung sowie ein verschlechterter Zugang für ärmere Menschen befürchtet werden. Mit solchen Argumenten wurde bisher jede Privatisierung des Gesundheitssektors abgelehnt, der fest in staatlicher Hand ist.

98 Prozent der Bevölkerung sind über den Nationalen Gesundheitsfonds (NFZ) versichert, der den grundlegenden Zugang zu medizinischer Versorgung abdeckt, jedoch keineswegs alle medizinischen Kosten übernimmt; eine zusätzliche Versicherung kann sich allerdings nur ein kleiner Teil der Bevölkerung leisten. Auch bei Medikamenten liegt die Zuzahlung im Durchschnitt bei 67 Prozent, womit Polen EU-Spitzenreiter ist: Bei den anderen EU-Staaten beträgt der Anteil zwischen 25 und 49 Prozent. Dafür kosten die Medikamente in Polen nur 44 Prozent des EU-Durchschnittspreises.

Finanziert wird der Gesundheitsfonds in erster Linie durch Pflichtbeiträge der Versicherten und Beiträge aus dem Haushalt der nationalen sowie der regionalen Regierungen. Die staatlichen Ausgaben für den Gesundheitssektor haben sich zwischen 1995 und 2009 verfünffacht, was aber größtenteils auf das Wachstum des BIP zurückzuführen ist. Der Anteil am BIP stieg in diesem Zeitraum um 1,9 Prozent auf insgesamt 7,4 Prozent. Da die polnische Bevölkerung Prognosen zufolge in den nächsten Jahren stark altern und die Geburtenrate dauerhaft auf niedrigem Niveau stagnieren wird, sind steigende Ausgaben für den Gesundheitssektor in Zukunft kaum vermeidbar.

Private Krankenversicherungen gibt es offiziell nicht, allerdings haben sich aufgrund langer Wartezeiten und der geringen Anzahl von Fachärzten informelle Möglichkeiten entwickelt, um den offiziellen Weg zu umgehen. Laut Schätzungen betragen die privaten Ausgaben für Gesundheitsversorgung 30 Milliarden Zloty pro Jahr. Das Geld wird teilweise für Leistungen ausgegeben, die nicht vom staatlichen Gesundheitsfonds abgedeckt werden; teils sind es aber auch Bestechungsgelder. „Es taucht in keinen offiziellen Statistiken auf, aber es ist wohl bekannt, dass Polen Schmiergelder zahlen, um sich im ‚Schattengesundheitssystem‘ oder in Privatkliniken behandeln zu lassen“, schrieb der Medizinjournalist Janusz Michalak 2012.

Im Gegensatz zum Rest des Gesundheitssektors ist die Pharmaindustrie privatisiert; 2010 gab es laut einer Studie von PricewaterhouseCoopers fast 450 Pharmaunternehmen, denen es insgesamt recht gut geht. Die private

Gesundheitsbranche scheint zu florieren: 2011 ließen sich nach Angaben der „Polish Association of Medical Tourism“ rund 320 000 Ausländer von privaten Anbietern in Polen medizinisch behandeln, vor allem in den Bereichen Dentalmedizin, plastische Chirurgie und Wellness. „Der Medizintourismus ist ein wachsendes Geschäftsfeld in Polen“, unterstrich Jaroslaw Fedorowski, Präsident der polnischen Krankenhausgesellschaft, im Januar 2013 gegenüber der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*.

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Infrastruktur

An der eher schwach ausgebildeten Infrastruktur wäre die Bewerbung Polens als Austragungsort der Fußball-Europameisterschaft 2012 fast gescheitert. Der Zuschlag durch die UEFA hat aber gerade in diesem Bereich einen wahren Investitionsschub ausgelöst. Die EU bewilligte Polen für den Haushalt 2007 bis 2013 und im Rahmen der europäischen Kohäsionspolitik 67,3 Milliarden Euro, um Schienen- und Straßennetze auszubauen und zu modernisieren. Die Regierung hat bis 2015 insgesamt 19 Milliarden Euro für die Erweiterung von Autobahnen, Schnell- und Umgehungsstraßen bereitgestellt. Die ambitionierten Ausbaupläne schlagen sich derzeit noch überwiegend in zahlreichen Baustellen nieder, nur ein Fünftel der angestoßenen Infrastrukturprojekte ist bislang fertiggestellt. Allein 2012 waren sich 1360 Straßen-Kilometer in Arbeit. Einige Großprojekte konnten allerdings schon fertig gestellt werden: So wurde im Dezember 2011 ein 100 Kilometer langes Teilstück der Autobahn A2 eröffnet, die nun eine direkte Durchfahrt von Berlin über Poznan bis nach Lodz ermöglicht.

Die Erweiterung des Straßennetzes half nicht nur, mit dem Besucheransturm während der Fußball-EM fertig zu werden – der Ausbau ist vielmehr zwingend notwendig, um den veränderten Ansprüchen der Bevölkerung und der Wirtschaft gerecht zu werden. Zwischen 1990 und 2007 nahm die Anzahl zugelassener Pkws und Lastwagen um 140 beziehungsweise 130 Prozent zu, während der Straßenbau praktisch stagnierte. Das führte zu langen Staus auf den Hauptverkehrsstraßen.

Nachholbedarf ist auch das Stichwort beim Ausbau des polnischen Schienensystems: Obwohl das Land mit einer 19 428 Kilometer langen Bahnstrecke

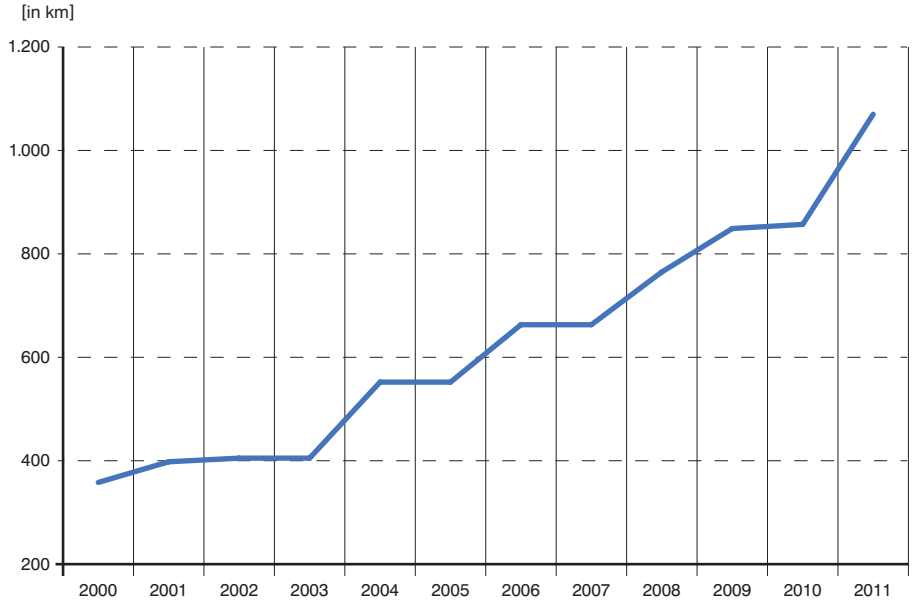
© badahos/ iStockphoto

im globalen Vergleich auf den vorderen Plätzen rangiert (Rang 15; Deutschland liegt mit rund 42 000 Schienenkilometern auf Rang 6), ist das Streckennetz teilweise veraltet und kann die internationalen Geschwindigkeitsanforderungen (160 km/h für Personenverkehr und 120 km/h für Frachtverkehr) nicht erfüllen – eine Folge massiver Unterfinanzierung in den neunziger Jahren und danach. So gab Polen zwischen 2002 bis 2006 nur ein Hundertstel dessen für sein Schienennetz aus, was das kleine Belgien im gleichen Zeitraum in seine Bahn steckte.

Durch stark erhöhte staatliche Investitionen – 2012 gab das Land fast doppelt so viel für das Bahnwesen aus wie jeweils in den Vorjahren und plant, zwischen 2013 und 2015 rund sieben Milliarden Euro zu investieren – sowie dank EU-Subventionen im Rahmen der Kohäsionspolitik soll die Eisenbahn in vielen Bereichen ausgebessert werden; nach dem Straßenbau (2007–2013) hat aus Brüsseler Sicht nun Polens Schienennetz die höchste Priorität (2014–2020). Weichen müssen erneuert, neue Schienenfahrzeuge angeschafft werden. Ursprünglich war ebenfalls geplant, Hochgeschwindigkeitsstrecken mit einer Geschwindigkeitskapazität von 300 Kilometern pro Stunde zu bauen, doch aufgrund der exorbitant hohen Kosten sowie der eher niedrig zu veranschlagenden Gewinne wurde dieses Projekt auf Eis gelegt. Derzeit peilt die polnische Eisenbahn eine generelle Durchschnittsgeschwindigkeit von 160 bis 200 Kilometer pro Stunde an.

Dabei gilt Polen als einer der wichtigsten Transitkorridore zwischen Ost und West. Das Schweizer Institut ProgTrans geht davon aus, dass sich die

Autobahnstrecken IP|03/04|13



Quelle: Eurostat

durch Polen transportierte Gütermenge in den kommenden zehn Jahren um bis zu 10 Prozent jährlich steigern wird – ein wesentlicher Grund für die hohen europäischen Subventionszahlungen. Von diesen profitiert aber längst nicht nur Polen, sondern zum Beispiel auch Deutschland. Laut Schätzungen wird die Bundesrepublik zwischen 2004 und 2015 allein 16,3 Milliarden Euro mit Infrastrukturexporten nach Polen (Bauaufträge, Maschinenlieferungen u.a.) verdienen. Mit anderen Worten: Für jeden Euro, den Deutschland netto gerechnet über die EU in die polnische Infrastruktur investiert, fließen aus Polen wieder 1,25 Euro nach Deutschland zurück. Damit profitiert die Bundesrepublik vom polnischen Infrastrukturboom wie kein anderes europäisches Land.

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Jugend und Bildung

Geboren nach der Systemtransformation 1989, wächst heute eine Generation heran, die das kommunistische Polen nicht mehr erlebt hat. Vielmehr hat sich die polnische Gesellschaft seit dem Umbruch geöffnet und stärker differenziert, und gerade die jungen Polen unterstreichen heute immer stärker ihr Europäertum. Die Marktwirtschaft bietet Jugendlichen zudem zahlreiche neue Möglichkeiten der Lebensgestaltung. So ist die junge Generation gekennzeichnet von einem beispiellosen Anstieg der Erwartungen an Bildung, Status und Lebensstandard. Laut dem Regierungsbericht „Mlodzi 2011“ (Jugend 2011) zeigt die Mehrheit der Jugendlichen heute eine aktive Lebenshaltung und Pragmatismus; fast 70 Prozent gaben an, sie wünschten sich ein buntes, abwechslungsreiches Leben.

Die weit verbreitete Nutzung des Internets spielt dabei offenbar eine entscheidende Rolle. Junge Polen gehören europaweit zu den aktivsten Nutzern der Informations- und Kommunikationstechnologie. 87 Prozent der Befragten erhalten ihr erstes Handy als Teenager; ebenso viele nutzen das mobile Internet täglich in Bus oder Bahn. Auch die Teilnahme an sozialen Netzwerken ist unter der polnischen Jugend weit verbreitet: 43 Prozent teilen dort ihre Gedanken und Werte mit anderen. Das Internet, so die Soziologin Krystyna Szafraniec, erlaube es den Jugendlichen, ihre Individualität auszudrücken und sich weltweit mit anderen zu vernetzen.

© Creative Commons

Die katholische Kirche (siehe den Eintrag „Kirche und Religion“, S. 38f.) erleidet unter Jugendlichen dagegen einen Bedeutungsverlust. Viele fühlen sich durch die strikte Sexualmoral, die Unbeweglichkeit und den sprachlichen Duktus der Kirche in ihrem Recht auf autonome Lebensführung beschränkt. Entsprechend stieg der Anteil nichtpraktizierender Jugendlicher zwischen 2006 und 2010 von 11 auf 17 Prozent.

Viele Geistliche machen derweil den modernen „Konsumismus“ der Jugendlichen, ihren „wertefreien Materialismus“ für den allmählichen Wandel der traditionellen polnischen Werte und Lebensziele verantwortlich. Die Akzeptanz von Sex vor der Ehe, Paare ohne Trauschein, Scheidungen oder Homosexuelle wächst – in früheren Zeiten allesamt Tabus –, auch das traditionelle weibliche Rollenbild der aufopferungsbereiten „polnischen Mutter“ (Matka Polka) wandelt sich (siehe auch den Eintrag „Frauen“, S. 30ff.). Dabei gelten jungen Polen Familie, Ehe und Freundschaft weiterhin als besonders wichtig, doch Wohlstand und Selbstverwirklichung im Beruf als Voraussetzungen für ein erfülltes Leben haben unter Jugendlichen stark an Bedeutung gewonnen.

Besonders bei moderner Technik – die jeweils neuesten Geräte gelten als Statussymbole – und bei der Freizeitgestaltung wollen polnische Jugendliche schon heute nicht sparen. Den Wunsch nach Wohlstand versuchen sich viele zu erfüllen, indem sie viel Zeit und Geld in eine bessere Ausbildung investieren. Seit Beginn der neunziger Jahre erlebt Polen einen regelrechten Bildungsboom, die Zahl der Studierenden hat sich fast vervierfacht. Von den 2,2 Millionen Menschen in Polen zwischen 18 und 22 Jahren waren 2012 ca. 1,9 Millionen an einer Hochschule eingeschrieben.

Der Run auf die Universitäten führte zuletzt aber auch zu einer Inflation der Hochschulabschlüsse; der Bedarf an jungen Akademikern im Land ist längst gedeckt. Ein Universitätsstudium ist heute kein Garant für ein hohes Einkommen mehr, und es hat auch seine Statusfunktion verloren. Vielmehr gilt der Besitz eines Hochschulabschlusses als Voraussetzung für den Berufseinstieg. Von einigen Bereichen wie IT abgesehen wird es für Akademiker so immer schwieriger, einen angemessenen Job zu finden. Davon zeugt auch die hohe Arbeitslosenquote von 30 Prozent bei den unter 25-Jährigen – sie ist dreimal so hoch wie die allgemeine Quote. Vielen werden nur zeitlich befristete Verträge angeboten, wo junge Arbeitnehmer bei schlechteren Arbeitsbedingungen und Entwicklungsperspektiven auch noch weniger verdienen. Erst nach durchschnittlich sieben Jahren Berufserfahrung bessert sich die Situation.

Die lange Ausbildungszeit, aber auch hohe Lebenshaltungskosten bei niedrigem Gehalt führen dazu, dass junge Polen immer später selbstständig werden. Die fehlende Unabhängigkeit von den Eltern ist für viele Polen ein frustrierendes Problem. Im Schnitt verlassen Frauen mit 28,5 Jahren das Elternhaus, Männer sogar erst mit knapp 30 Jahren. Zwar wird Polen von einigen anderen europäischen Ländern in dieser Hinsicht noch übertroffen, doch gehört es zu der Gruppe der Spitzenreiter, wo das „Hotel-Mama“- oder „Nesthocker“-Phänomen über die Hälfte der 18- bis 34-Jährigen betrifft.

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Kirche und Religion

Offiziell hat Polen keine Staatsreligion, praktisch jedoch ist es der Katholizismus: Knapp 33,5 der 38,5 Millionen Einwohner sind römisch-katholischen Glaubens. Außerdem gibt es in Polen armenische, byzantinisch-slawische und byzantinisch-ukrainische Christen (insgesamt rund 130 000 Gläubige), die ebenfalls die Autorität des Papstes anerkennen. Es gibt nur relativ kleine Minderheiten, darunter rund 76 000 Lutheraner und 509 500 Orthodoxe. Nach dem Holocaust und einem Exodus 1967 wird die jüdische Bevölkerung heute auf 8 000 bis 12 000 Menschen geschätzt.

Aufgrund der großen katholischen Gemeinschaft hat die Kirche Einfluss auf alle Bereiche des polnischen Lebens, ob sozial, politisch oder ökonomisch. Laut Andrzej Dominiczak von der Polnischen Humanistischen Föderation hat die katholische Kirche ihren politischen und wirtschaftlichen Einfluss seit Zusammenbruch des kommunistischen Regimes erheblich ausgeweitet. Heute gebe es „praktisch keine öffentliche Institution, die es wagt, die Kirche zu kritisieren oder sich ihren Aktivitäten zu widersetzen". Allerdings scheint sich ein gewisser Generationenumbruch abzuzeichnen, denn die Religiosität der polnischen Jugend nimmt offenbar ab. Ein Anzeichen dafür ist der sinkende Anteil der 18- bis 24-Jährigen, der wöchentlich zum Gottesdienst geht: Waren es 2005 noch 51 Prozent, sind es heute nur noch 44 Prozent der jungen Erwachsenen.

Die Bedeutung des katholischen Einflusses speist sich auch aus der Rolle der Kirche während der deutschen Besatzung im Zweiten Weltkrieg und zu Zeiten des Kommunismus. Die Kirche war nicht nur Hort des Widerstands und prägte die Identität der Polen, sondern bot während des Kommunismus auch sozialen und humanitären Rückhalt außerhalb des staatlichen Systems. Unter dem kommunistischen Regime wurden 87 000 Hektar kirchlichen Landbesitzes enteignet, doch bis 2004 erhielt die Kirche zur Wiedergutmachung mit 94 000 Hektar mehr, als sie zuvor verloren hatte. Zudem hilft der Staat seit 1990 durch den Kirchenfonds (Fundusz Koscielny) auch bei der Sozialversicherung vieler katholischer Geistlicher sowie bei der Restaurierung und dem Erhalt vieler kirchlicher Gebäude.

© Platinus/iStockphoto

Als Arbeitgeber und Wirtschaftsfaktor ist die katholische Kirche, die von der Einkommens- und Grundsteuer befreit ist, ebenfalls bedeutend. Sie ist die größte soziale Organisation des Landes und ergänzt das staatliche Sozialsystem. Die kirchliche Caritas hat 7851 Vollzeitangestellte und wird von etwa 54 000 Studenten und 7000 anderen Freiwilligen unterstützt. Dank ihren Geschäften mit Immobilien, Verlagshäusern (zum Beispiel „Gaudium"), Radiosendern und anderen Firmen ist sie wohl auch die reichste soziale Organisation Polens. Laut dem 2012 veröffentlichten Bericht „Die Finanzen der katholischen Kirche in Polen" (Finanse Kosciola katolickiego w Polsce) nimmt beispielsweise das Erzbistum Poznan jährlich 3,5 Millionen Zloty (875 000 Euro) aus Vermietung und Verpachtung ein. Allerdings sind die Einkünfte der verschiedenen Diözesen regional unterschiedlich.

Stärker noch wiegt wohl der Einfluss der katholischen Soziallehre auf die Wirtschafts- und Unternehmenspraxis. Dem Bericht „Responsible Business in Poland VI 2005" zufolge hat sich seit dem Umbruch ein Verständnis für „Corporate Social Responsibility" entwickelt, das auf traditionellen katholischen Werten gründet und laut Beata Glinka von der Universität Warschau auch den polnischen Unternehmergeist prägt: Die Folge seien ein eher konservatives Wirtschaftsverhalten, bei dem traditionelle Industrien und Wirtschaftszweige ebenso bevorzugt werden wie Klein- und Familienbetriebe. Dies beschneide aber die Innovationsfähigkeit der polnischen Volkswirtschaft insgesamt.

Bild nur in Printausgabe verfügbar

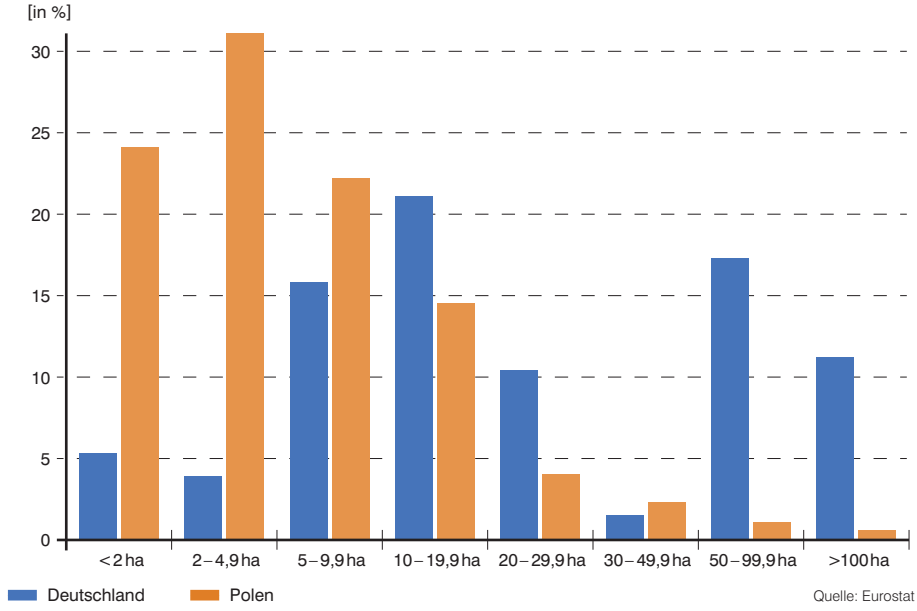
Landwirtschaft

Fast 40 Prozent der Polen leben auf dem Land, 16 Prozent aller Beschäftigten arbeiten im Landwirtschaftssektor: Doch trotz dieser beeindruckenden Zahlen spielt die Agrarwirtschaft in der ehemaligen „Kornkammer Europas" heute eher eine kulturelle und gesellschaftliche statt eine wirtschaftliche Rolle.

Mit einem Produktionswert von 19 Milliarden Euro (2011) liegt Polen in der EU nur auf Rang 7 (zum Vergleich: Deutschland, dessen landwirtschaftlich genutzte Fläche mit 16 Millionen Hektar ungefähr der Polens entspricht, produzierte im gleichen Jahr landwirtschaftliche Güter im Wert von 45 Milliarden Euro; mit rund 1,5 Millionen übertrifft die Anzahl der Betriebe die Deutsch-

© Lukasz Kulicki/iStockphoto

Struktur des Agrarsektors im Vergleich: Anteile nach Betriebsgröße IP | 03/04 | 13



lands um das Fünffache). Die höchsten Produktionswerte erzielt Polens Landwirtschaft bei Fleisch (vor allem Schweinefleisch) und Milch. Auch der Anbau von Getreide (Raps), Obst und Gemüse (Rote Beete) steht hoch im Kurs. Mit 2,3 Millionen Tonnen Äpfeln nahm Polen 2011 unter den EU-Ländern noch vor Italien und Frankreich den ersten Platz ein. Bei der Kartoffelproduktion steht Polen europaweit auf Platz zwei – hinter Deutschland. Insgesamt erwirtschaftete der polnische Landwirtschaftssektor aber nur rund 3,5 Prozent des BIP (2010), was auf wirtschaftliche Ineffektivität hinweist.

Abgesehen davon, dass viele Betriebe und Maschinen veraltet sind, ist dies insbesondere der Struktur des landwirtschaftlichen Sektors geschuldet. Bis heute prägen Kleinbauern Polens Agrarsektor. Mit einem Anteil von 70 Prozent dominieren kleine landwirtschaftliche Betriebe, die bis zu fünf Hektar Land bewirtschaften und die Nahrungsmittel vornehmlich für den eigenen Bedarf produzieren; knapp 32 Prozent der Betriebe stehen nicht einmal ein Hektar Land zur Verfügung. Nur knapp 1 Prozent bewirtschaftet dagegen eine Fläche mit mehr als 50 Hektar. Bedingt durch die geringe Produktivität der kleinen Höfe, reicht das Einkommen der Landwirte oft nicht aus, um ihre Konsumbedürfnisse zu befriedigen oder Neuinvestitionen zu tätigen. Obwohl sie also wirtschaftlich kaum rentabel sind, erfüllen die Kleinbetriebe doch eine wichtige soziale Pufferfunktion. Durch fehlende Beschäftigungsalternativen und verbunden mit einer schlechten Infrastruktur im ländlichen Raum sind viele Menschen auf Arbeitsplätze in der Agrarindustrie angewiesen.

Mit dem EU-Beitritt hat sich jedoch vieles für die polnischen Landwirte verändert. Polen wurde in das System der Direktzahlungen und Marktinter-

ventionen der EU-Agrarpolitik aufgenommen; die bisher von Polen angewandten Instrumente der Agrarpolitik wurden entweder angepasst oder abgeschafft, der Markt wurde liberalisiert. Mit einem Anteil von über 15 Prozent ist Polen heute der größte Empfänger von Direktzahlungen und EU-Geldern aus den Kohäsionsfonds. Für die Jahre 2007 bis 2013 waren Transfers in Höhe von über 13 Milliarden Euro vorgesehen.

Gerade auf den Agraraußenhandel hat sich Polens EU-Beitritt sehr positiv ausgewirkt. Seit 2004 wuchsen die polnischen Ex- und Importe kontinuierlich. 2010 wies Polen eine positive Außenhandelsbilanz von 2,6 Milliarden Euro auf. Hauptabnehmer für polnische Agrarprodukte ist Deutschland; knapp 10 Prozent der Gesamtexporte gehen ins Nachbarland. Aber umgekehrt ist auch Polen ein wichtiger Abnehmer für Produkte der deutschen Landwirtschaft: 31 Prozent der polnischen Agrareinfuhren stammen aus Deutschland.

Mit EU-Direktzahlungen entschied sich Polen für das einfachste System: die Auszahlung pro Hektar Land („Single Area Payment Scheme“). Viele Landwirte mit geringen Einkommen können so ihr Einkommen aufbessern und ihren Kindern Bildungschancen ermöglichen, die sie vorher nicht hatten. So haben sich die Einkommen polnischer Landwirte zwischen 2000 und 2007 mehr als verdoppelt. Allein 2007 stiegen sie um 13,7 Prozent (der EU-Durchschnitt lag bei nur 5,4 Prozent). Auf der anderen Seite hat das System der Direktzahlungen auch zu einem Anstieg der Bodenpreise geführt und Grundstückspekulationen befördert; dies, so eine häufige Kritik, blockiert aber notwendige strukturelle Reformen. Viele Betriebe mit wenig Einkommen ziehen den Direktinvestitionsertrag, den sie so erhalten, dem Landverkauf als stabile Einkommensquelle vor. Dies hemmt jedoch weiterhin die Entstehung von wettbewerbsfähigen landwirtschaftlichen Unternehmen.

Bild nur in Printausgabe verfügbar

© Anna Lubovedskaya/ iStockphoto

Medien und Internet

Fernsehen, Radio, Internet, Printmedien – das ist die Rangfolge der Medien in Polen. Mit 20 Millionen Zuschauern, von denen 15 Millionen auch Nachrichten schauen, ist das Fernsehen mit Abstand das wichtigste Medium. Das Radio bringt es nur auf zehn Millionen Hörer. Ähnlich wie in Deutschland hat sich

in Polen ein Nebeneinander öffentlich-rechtlicher und privater Fernseh- und Rundfunkanbieter entwickelt. Der größte Privatsender ist TVN, der zur polnischen Medienholding ITI gehört und im Programm auf eine Mischung aus Unterhaltung und Information (Infotainment) setzt. Der Konkurrent Polsat dagegen genießt den zweifelhaften Ruf eines reinen Spaßsenders.

Der Pressemarkt hingegen ist fast völlig privatisiert. Von den vier in Polen führenden Verlagen Bauer, Polskapresse, Agora S.A. und Axel Springer Polska ist lediglich Agora polnisch, die anderen drei gehören zu deutschen Verlagsgruppen. Der Springer-Verlag besitzt die auflagenstärkste Tageszeitung *Fakt* (die polnische Variante der *Bild*-Zeitung), die liberal-konservative *Dziennik* (eine der anspruchsvolleren Tageszeitungen) sowie das Wochenblatt *Newsweek*. Im November 2012 erwarb Springer außerdem 75 Prozent der Anteile des beliebtesten polnischen Nachrichtenportals onet.pl von TVN.

Der polnische Verlag Agora gibt die linksliberale *Gazeta Wyborcza* heraus, die zweitgrößte Tageszeitung Polens. Die dritte Qualitätszeitung ist die konservative *Rzeczpospolita*, an der die polnische Regierung 49 Prozent der Anteile hält. Der Bauer-Verlag beherrscht mit über 53 Prozent der Auflagen den Zeitschriftenmarkt; darüber hinaus gehören ihm der größte private Radiosender Polens sowie das drittbeliebteste Online-Nachrichtenportal Interia.pl.

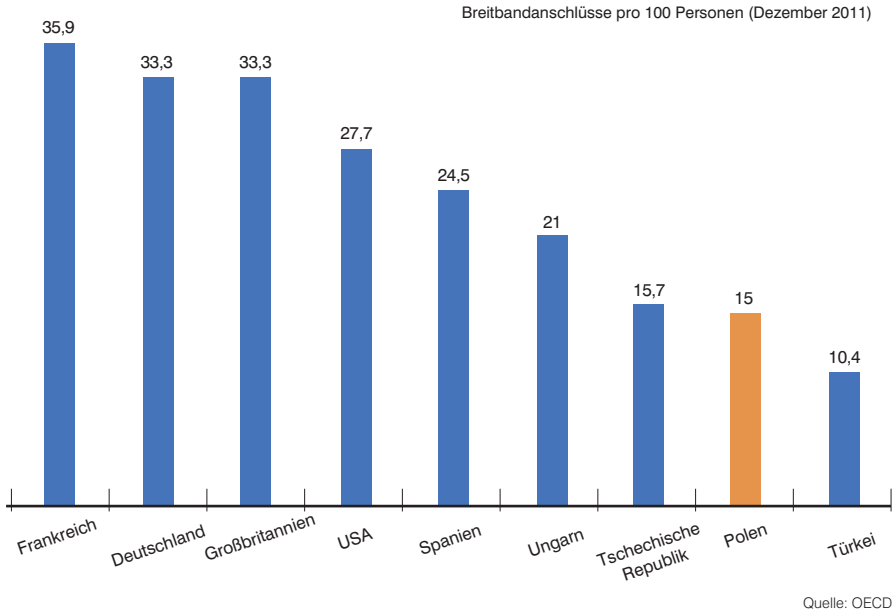
Die starke Stellung ausländischer, insbesondere deutscher Pressekonzerne und ihre wachsenden Beteiligungen an anderen Medien wie Onlineportalen oder Radiosendern haben immer wieder Kritik an möglicher Monopolbildung und Meinungsmache hervorgerufen. Insbesondere Springer wurde im Vorfeld der Fußball-Europameisterschaft der Vorwurf gemacht, mit antideutschen Artikeln in *Fakt* und antipolnischen in der *Bild* im Rahmen einer gezielten Marketingkampagne des Verlags nationale Stimmung zu machen und die jeweiligen Auflagenzahlen der konzerneigenen Boulevardblätter östlich und westlich der Oder in die Höhe zu treiben. Springer hat solche Vorwürfe immer dementiert.

Wirtschaftlich steht insbesondere die Presse aufgrund zurückgehender Auflagenzahlen und sinkender Werbeeinnahmen unter Druck. Dazu beigetragen hat auch der rapide Aufstieg des Internets, das die Printmedien bei der Reichweite bereits überholt hat. Mit einem Wachstum von 5,4 Prozent verzeichnete Polen in der zweiten Hälfte 2011 die größte Zunahme an Breitbandanschlüssen unter allen OECD-Ländern (in der Tschechischen Republik lag der Anstieg bei 4 Prozent). Und während 2002 nur 17 Prozent der Polen mindestens einmal wöchentlich das Internet nutzten, waren es 2012 bereits 56 Prozent. Dabei sind die Aktivitäten im Internet breit gefächert – Online-Banking (60 Prozent der Internetnutzer) und Online-Shopping gehören zu den häufigsten Aktivitäten. Ebenfalls stark genutzt werden Blogs: 2012 betrieben rund 16 Prozent aller Internetnutzer ein eigenes Blog, oft, um sich mit politischen Themen auseinanderzusetzen. Verfasser wie Leser von Blogs kommen aus allen Gesellschaftsschichten.

Ein weiteres Massenphänomen in Polen ist die Nutzung des sozialen Netzwerks Nasza-klasa.pl (Unsere Klasse), wo sich Nutzer mit alten Schulkamera-

den wieder vernetzen können. Im Winter 2010 zählte das Netzwerk knapp zwölf Millionen Nutzer und verwies damit selbst internationale Internetriesen wie Facebook (lediglich neun Millionen polnische Teilnehmer) auf die Ränge. Damit zählt Polen zu einem der wenigen Länder in Europa, wo sich Facebook noch nicht als die Nummer eins der sozialen Netzwerke durchsetzen konnte. Experten räumen der Seite Nasza-klasa.pl auch für die Zukunft gute Chancen ein, sich auf dem polnischen Markt zu behaupten, da das Portal eine andere Zielgruppe anspreche: Während Facebook eher junge Großstädter mit hohem Bildungsgrad und starker internationaler Vernetzung bediene, ziehe Nasza-klasa.pl eher Menschen aus ländlichem Raum mit niedrigerem Bildungsgrad an.

Breitbandanschlüsse IP | 03/04 | 13



Quelle: OECD

Doch obwohl die IT-Messe CeBIT Polen 2013 als Partnerland ausgewählt hat, sollte dies nicht vergessen lassen, dass noch immer rund 30 Prozent der Polen keinen Computer besitzen und knapp 40 Prozent keinen Internetzugang haben. Während bei der jungen Generation zwischen 18 und 24 Jahren 85 Prozent das Internet nutzen, sind es bei den über 50-Jährigen gerade mal 22 Prozent. Auch der Ruf der Internetnutzer ist nicht gerade der Beste: Der ehemalige polnische Ministerpräsident Jaroslaw Kaczynski lehnte 2008 den Vorschlag von Online-Wahlen mit der Begründung ab, Internetnutzer seien „leicht zu beeinflussende, Pornos schauende Biertrinker“. Wenngleich der konservative Kaczynski für provokante Sprüche bekannt ist, zeigt sich darin doch die extreme Kluft zwischen Moderne und Konservatismus, die sich gerade bei der Beurteilung und Nutzung neuer Medien auftut.

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Migration

2004 ging ein Gespenst um in Europa – das des für wenig Geld bald überall in der EU arbeitenden „polnischen Klempners“, der für Lohndumping und sinkende soziale Standards sorgen würde. Da beim EU-Beitritt 2004 fast jeder fünfte Pole arbeitslos war und das polnische BIP gerade einmal ein Fünftel des deutschen betrug, waren Bedenken angesichts einer starken Arbeitsmigration nicht ganz unbegründet. Deutschland erlebte diese Arbeitsmigration schon in den neunziger Jahren als saisonales Phänomen: Bis zu 250 000 Polen kamen jährlich für eine begrenzte Zeit zum Spargelstechen oder Erdbeerpflücken ins Nachbarland.

Einzig Schweden, Irland und Großbritannien wagten gleich 2004 das Experiment der Freizügigkeit für polnische Arbeitskräfte und erlebten tatsächlich einen starken Ansturm. Irland, bis dahin das Auswanderungsland schlechthin, verzeichnete einen Zuwachs polnischer Staatsbürger um 400 Prozent. In Großbritannien stiegen Polen zur größten Immigrantengruppe auf: Lebten Anfang des neuen Jahrtausends etwa 24 000 polnische Staatsbürger in Großbritannien, verachtfachte sich deren Zahl binnen vier Jahren: 2006 lebten 209 000 Polen auf den britischen Inseln. Die Dynamik schwächte sich danach ab, die Zahl der in Großbritannien lebenden Polen stieg aber weiter. Ende 2010 hielten sich rund 560 000 Polen in Großbritannien auf.

Meist jung, relativ gut ausgebildet und mit guten Kenntnissen der Landessprache versehen, arbeiteten die polnischen Migranten zunächst größtenteils in der Verwaltung, der Gastronomie und der Landwirtschaft – oft also in Bereichen, in denen einheimische Arbeitskräfte nicht arbeiten wollten oder konnten. Nachteilige Auswirkungen auf die britische Wirtschaft ließen sich bisher kaum feststellen.

Während die meisten europäischen Staaten im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008 mit wirtschaftlichen Problemen und Rezession zu kämpfen hatten, trug die positive Entwicklung in Polen dazu bei, dass viele polnische Migranten ab 2009 eine Rückkehr erwogen. Seit 2004 hatten sich die Löhne verdoppelt, und der Wert des Zloty war gestiegen. Dementsprechend sank 2009 und 2010 die Anzahl polnischer Migranten im Ausland. Nach Angaben des Statistischen Hauptamts in Warschau hielten sich in den EU-Ländern

© pkruger/iStockphoto

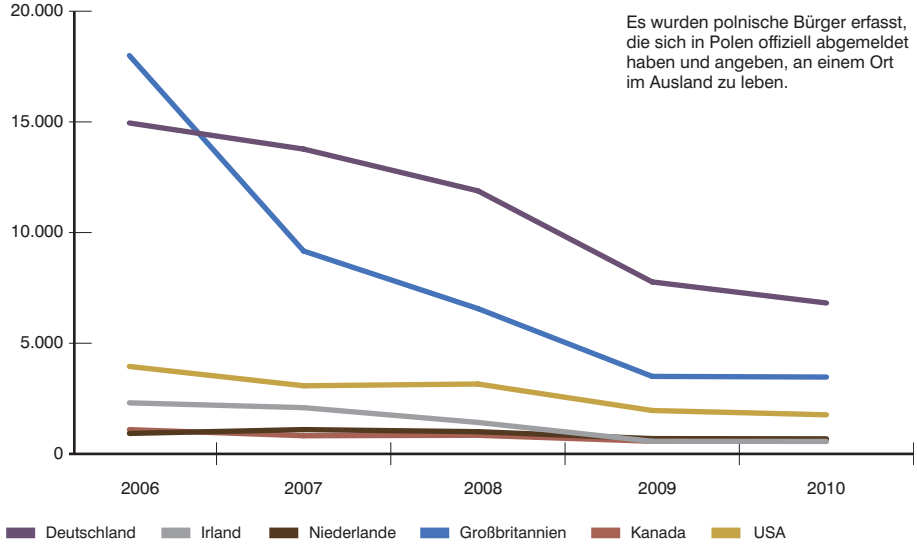
Ende 2010 nach Großbritannien die meisten Polen in Deutschland (455 000), Irland (125 000), den Niederlanden (108 000) und in Italien (92 000) auf.

Die Einwanderung nach Polen nimmt sich dagegen bescheiden aus. Nach Angaben des polnischen Innenministeriums hielten sich Ende 2010 nur rund 97 000 Ausländer legal in Polen auf. Dauerhafte Aufenthaltsgenehmigungen wurden hauptsächlich an Ukrainer (28 450), Russen (12 550), Weißrussen (8995), Vietnamesen (8567) und Armenier (3858) vergeben.

Neben der Entlastung des heimischen Arbeitsmarkts beflügelten die Emigranten durch Rücküberweisungen den heimischen Konsum. So beliefen sich die von Arbeitsmigranten nach Hause geschickten Beträge nach einem Bericht des Südwestrundfunks im Jahr 2011 auf fast 17 Milliarden Zloty (etwa vier Milliarden Euro). Insgesamt überwiesen Polen seit dem EU-Beitritt 2004 bislang über 132 Milliarden Zloty an Familienangehörige oder auf eigene Sparkonten in Polen.

Traditionell war Polen stets ein Auswandererland. Für die polnische Wirtschaft war dies bisher überwiegend vorteilhaft, da die Migration dafür sorgte, die Arbeitslosenzahlen nicht in noch größere Höhen schießen zu lassen. Lediglich einzelne Sektoren, die hochqualifizierte Arbeitskräfte brauchen, klagen über einen Mangel an Arbeitskräften. Wenn es ihnen gelingt, attraktive Arbeitsbedingungen zu schaffen, wird sich dies aber wahrscheinlich nicht zu einem großen Problem auswachsen. Die Rückkehr vieler Auswanderer nach 2008 zeigt, dass gerade junge Polen sehr flexibel sind. Wie viele Polen dauerhaft im Ausland bleiben werden, hängt wohl in erster Linie von der wirtschaftlichen Entwicklung Polens einerseits und der der restlichen EU-Staaten andererseits ab.

Zielländer polnischer Emigranten IP | 03/04 | 13



Quelle: Central Population Register PESEL (Central Statistical Office Polen)

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Tourismus

Polens Tourismusbranche boomt – und das nicht erst seit der Fußball-Europameisterschaft 2012. Schon in den Jahren zuvor entdeckten Touristen Polen als ideales Ziel für Kultururlaube, für Skitrips in die Beskiden und Segeltörns auf der Ostsee und sorgten dafür, dass Polen laut der World Tourism Organization 2011 auf Platz 19 der weltweit am meisten besuchten Länder lag. Damit hängte das Land vermeintlich populäre Ziele wie Ägypten, Portugal oder Indien ab (zum Vergleich: Deutschland rangierte auf Platz 8). Die jährliche Gesamtzahl der Touristen lag 2011 bei 13,35 Millionen.

Für die polnische Wirtschaft spielt der Tourismus eine wichtige Rolle: Seit 2001 erhöhen sich die Zahlen der im Tourismusbereich Beschäftigten stetig; 2011 waren rund 355 000 Menschen in dem Sektor angestellt. Damit bietet Polen den sechstgrößten Arbeitsmarkt für Tourismusfachkräfte in der EU. 2011 trug der Reise- und Tourismussektor 24,8 Milliarden Dollar zum Bruttoinlandsprodukt bei, was 4,8 Prozent des gesamten polnischen BIP ausmachte. Im Vergleich dazu erwirtschaftete der Tourismus in Deutschland 3,2 Prozent des BIP.

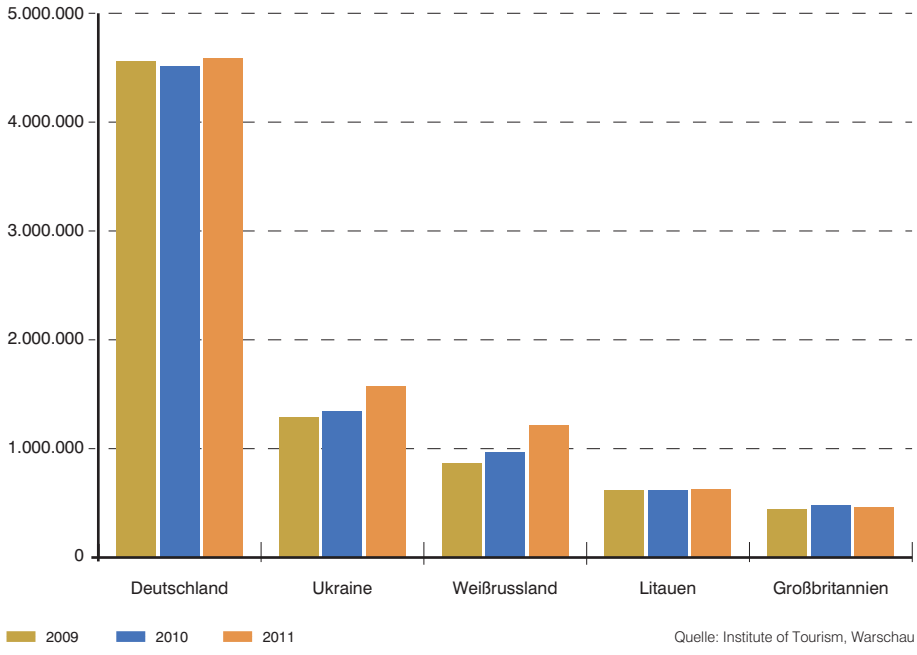
Rund ein Drittel aller ausländischen Touristen kommt aus Deutschland, sie reisen vor allem für den Sporturlaub und zum günstigen Einkaufen nach Polen. Auf Platz zwei und drei der größten Besuchergruppen liegen die Tschechen und die Slowaken. Generell erfreut sich Polen einer immer größeren Beliebtheit bei seinen östlichen Nachbarn: So legten 2011 die Besucherzahlen aus Weißrussland und der Ukraine im Vergleich zum Vorjahr um jeweils 12 und 16 Prozent zu.

Was Erholungstourismus angeht, bietet Polen unter anderem den Nationalpark Bialowieski, der zu den ältesten Europas gehört und als UNESCO-Weltkulturerbe eingetragen ist. Dort lässt sich eine große Vielfalt an Tieren beobachten, darunter Biber, Wölfe und Elche. Die eigentliche Attraktion sind jedoch Wisente. Diese Wildrinder sind vom Aussterben bedroht und können nur noch in Polen und Weißrussland in freier Wildbahn erlebt werden. Das Wildreservat zieht jedes Jahr rund 100 000 Besucher an. Der Tatra-Nationalpark ist ein weiteres Touristenziel und lockt jährlich rund drei Millionen Wanderer und Wintersportler. Auch die Masurische Seenplatte ist ein Touristenmagnet.

© matljeacock/iStockphoto

In den vergangenen Jahren investierte Polen stark in seine Tourismusbranche: Neben dem Ausbau von sechs Flughäfen für mehr als 600 Millionen Euro wurde im Zuge der Vorbereitungen auf die EM 2012 auch das Hotelangebot um 30 Prozent vergrößert: zu den ursprünglich vorhandenen 190 000 Hotelbetten kamen 63 000 hinzu. Am Ende übertrafen die Einnahmen von EM-Touristen mit 315 Millionen Euro vorherige Schätzungen um ein Drittel.

Touristen in Polen nach Herkunftsländern IP | 03/04 | 13



Quelle: Institute of Tourism, Warschau

Viele Polen begrüßen das Erstarken der Tourismusbranche, da dies neue Arbeitsplätze schafft. Gleichzeitig kritisieren Naturschützer aber, dass die Besuchermengen in Nationalparks eine wachsende Umweltbelastung mit sich bringen – besonders durch achtlos weggeworfenen Müll. Polens Nationalparks (die zusammengenommen rund 1 Prozent von Polens Gesamtfläche ausmachen) setzen deswegen immer mehr auf Ökotourismus, der den Besuchern einen Einblick in das Wildleben gewährt, ohne dieses zu stören. Ökotourismus ist aber auch aus anderen Gründen auf dem Vormarsch: Rund 8000 Kleinbauern haben nachhaltigen Tourismus als neue Lebensgrundlage entdeckt, seitdem sie infolge der Wirkungen der EU-Agrarpolitik nicht mehr vom Anbau ihrer Produkte leben können.

Die Tourismusbranche soll Wachstumsindustrie bleiben, besonderen Auftrieb erhofft man sich vom Werbeeffekt, den Polen als Austragungsort der Fußball-EM genossen hat. So gaben 92 Prozent der EM-Besucher an, Polen als Reiseziel an Freunde und Verwandte weiterempfehlen zu wollen.

Polens Transformation

Gute Noten für Warschau im Nachbarschafts- und im globalen Vergleich

Bertelsmann Transformationsindex				IP | 03/04 | 13
Indikatoren	**Polen**	**Tschechische Republik**	**Ungarn**	**Ukraine**
Marktwirtschaftliche Position	**8,89**	**9,57**	**8,61**	**5,82**
Sozioökonomische Entwicklung	**8,0**	**10,0**	**9,0**	**5,0**
Sozioökonomische Hindernisse	8	10	9	5
Marktorganisation und Wettbewerb	**9,8**	**10,0**	**9,8**	**6,3**
Marktwirtschaftlicher Wettbewerb	9	10	9	6
Antimonopolpolitik	10	10	10	6
Liberalisierung des Außenhandels	10	10	10	7
Bankensystem	10	10	10	6
Währungs- und Preisstabilität	**9,0**	**9,5**	**7,5**	**6,0**
Antiinflations- und Devisenpolitik	10	10	9	7
Makroökonomische Stabilität	8	9	6	5
Privateigentum	**10,0**	**10,0**	**9,5**	**6,0**
Eigentumsrechte	10	10	9	6
Privatwirtschaft	10	10	10	6
Sozialstaat	**8,5**	**9,5**	**8,5**	**6,0**
Soziale Sicherungssysteme	9	10	9	6
Chancengleichheit	8	9	8	6
Wirtschaftliche Leistung	**9,0**	**9,0**	**8,0**	**6,0**
Produktionsstärke	9	9	8	6
Nachhaltigkeit	**8,0**	**9,0**	**8,0**	**5,5**
Umweltstandards	8	9	8	5
Bildungssystem/Forschung und Entwicklung	8	9	8	6
Ressourceneffizienz	**7,7**	**7,0**	**6,3**	**4,0**
Antikorruptionspolitik	7	7	7	3

Quelle: Transformationsindex BTI 2012, Werte von 0 – 10

Auf dem Weg zu sozialer Marktwirtschaft und Sozialstaat hat Polen große Fortschritte gemacht – wenngleich der kleinere Nachbar Tschechische Republik beim Bertelsmann Transformationsindex (BTI 2012) noch erfolgreicher abschneidet. Bei der „sozioökonomischen Entwicklung“ rangiert Polen sogar noch hinter Ungarn, was nicht zuletzt daran liegt, dass manche Fortschritte Polens ländliche Bevölkerung noch nicht erreicht haben. Dies dürfte sich angesichts des rapiden Ausbaus der polnischen Infrastruktur mit EU-Mitteln in

absehbarer Zeit aber ändern. Insgesamt ist die soziale Ungleichheit in Tschechien und Ungarn fast ein Vierteljahrhundert nach dem Systemwechsel von 1989 etwas geringer ausgeprägt. Dafür schneidet Polen bei der Ressourceneffizienz – eine Kategorie, die sich vor allem auf die Verwaltung bezieht – am besten ab: Stellen und öffentliche Aufträge werden transparent und fair vergeben, was für die Tschechische Republik und erst recht Ungarn nicht unbedingt gilt. Insgesamt zeigt sich, wie stark der EU-Beitritt die Transformation der neuen Mitgliedstaaten beschleunigt hat. Die Ukraine liegt in allen ausgewählten Kategorien zum Teil weit hinter ihren EU-Nachbarn.

Polen als „alternativer" BRICS-Staat

Die Transformationsfortschritte der polnischen Volkswirtschaft erregen weltweit Aufmerksamkeit. So zählt das Magazin *Bloomberg Businessweek* das Land schon 2005 zu den attraktiven „BRICS-Alternativen", die sich durch hohe Wachstumsraten, einen großen heimischen Markt, Reformfreudigkeit und ein freundliches Investitionsklima auszeichneten. In dieser Gesellschaft schneidet Polen in Sachen „marktwirtschaftliche Position" durchaus gut ab und übertrifft sowohl das „alte" BRICS-Land Südafrika als auch Südkorea und die Türkei, die mit am häufigsten bei den neuen „emerging markets" genannt werden. Der hohe Wert bildet auch die Tatsache ab, dass Polen die globale Wirtschafts- und Finanzkrise seit 2008 mit am besten gemeistert hat.

Indikatoren	Polen	Südafrika	Südkorea	Türkei
Marktwirtschaftliche Position	**8,89**	**6,93**	**8,75**	**7,43**
Sozioökonomische Entwicklung	**8,0**	**5,0**	**9,0**	**5,0**
Sozioökonomische Hindernisse	8	5	9	5
Sozialstaat	**8,5**	**6,0**	**8,0**	**6,5**
Wirtschaftliche Leistung	**9,0**	**7,0**	**9,0**	**8,0**
Nachhaltigkeit	**8,0**	**6,5**	**9,0**	**6,5**
Antikorruptionspolitik	7	5	8	6

Quelle: Transformationsindex BTI 2012, Werte von 0 – 10

Bei einigen wichtigen Indikatoren liegt Polen allerdings hinter Südkorea, was natürlich auch der längeren marktwirtschaftlichen Entwicklung des asiatischen Konkurrenten geschuldet ist. Ein Beispiel ist die Korruptionsbekämpfung: Zwar hat Polen 2006 eine Antikorruptionsbehörde gegründet, es bleiben aber Probleme, insbesondere im Bereich der rechtlichen Regelung von Lobbying. Südkorea dagegen schreckt mit hohen Gefängnisstrafen ab und gehört zu den wenigen Ländern, die Bestechungsversuche durch ausländische Regierungsvertreter strafrechtlich verfolgen. Auch in Sachen Nachhaltigkeit hat Südkorea Vorteile: Das Land setzt auf „grünes Wachstum", mit großen Investitionen in die Erneuerbaren Energien (zuletzt wurden im Schnitt 2,4 Prozent des BIP aufgebracht). Polen bremst dagegen, wenn es um ambitionierte Klima- und Emissionsziele geht.

Wer bewegt Polens Wirtschaft?

Sechs erfolgreiche Geschäftsleute, Manager und Unternehmen in Kurzporträts

Für **Leszek Czarnecki** begann der große Durchbruch Anfang der neunziger Jahre mit einem geleasten Mercedes. Dem promovierten Wirtschaftswissenschaftler fiel sofort auf, welch große Gewinnspanne das Mietunternehmen einstrich, und so zog er schnell sein eigenes Vermietungsgeschäft auf. Sein 1991 gegründetes Unternehmen European Leasing Fund brachte er 2000 an die Londoner Börse. Ein Jahr später verkaufte er seine Anteile für 270 Millionen Dollar an die französische Großbank Credit Agricole. Danach investierte er sein Geld vor allem in den polnischen Bankensektor (Getin Bank), aber auch in Unternehmen der Versicherungs- und Immobilienbranche. Heute verfügt Czarnecki nach Schätzungen des Magazins *Forbes* über ein Vermögen von rund 1,3 Milliarden Dollar (Stand: März 2012) und ist weit über Polens Grenzen hinaus tätig, unter anderem in Weißrussland, der Ukraine und Russland. Schon 1998 zählte ihn das *Wall Street Journal* zu den zehn besten CEOs Mitteleuropas, 2004 kürte ihn die *Financial Times* zu einem der aufstrebenden Stars der europäischen Wirtschaft. Sein Imperium wuchs selbst während der Weltwirtschaftskrise von 2008, weil Czarnecki schnell und radikal umsteuerte: Seine Getin Bank stellte die Vergabe von Krediten in ausländischer Währung ein und hielt an ihren Einlagen fest; das Verhältnis von Krediten zu Einlagen verbesserte sich binnen zwei Jahren von 114 auf 90 Prozent. Dieses frühe Umsteuern ermöglichte es der Getin Bank, auch während der Krise Zloty-Kredite in großem Umfang vergeben zu können, während sich Konkurrenten gezwungen sahen, ihre Kreditvergabe erheblich einzuschränken oder ganz zu stoppen. Das Kreditgeschäft der Getin Bank wuchs dagegen 2010 um fast ein Drittel. Dieser Erfolg hat Czarneckis Ruf als risikofreudiger, entschlossener und scharfsinniger Manager noch weiter zementiert, der auch jenseits der Geschäftswelt die Extreme austestet: Der passionierte Taucher hält seit 2009 mit seiner Expedition in die mexikanischen Dos-Ojos-Höhlen den Weltrekord im Langstrecken-Höhlentauchen.

Mit einem Jahresumsatz von 26 Milliarden Euro (2011) ist **PKN Orlen** das größte Unternehmen in ganz Mittel- und Osteuropa – und weiter auf Expansionskurs. Der Mineralöl- und Petrochemiekonzern entstand 1999 aus einem Zusammenschluss der ehemaligen staatlichen Konzerne Petrochemia Plock und Centrala Produktow Naftowych (CPN) und ist seitdem nicht nur in Polen Marktführer. (Das polnische Finanzministerium hält noch 27,5 Prozent der

Unternehmensanteile.) PKN Orlen betreibt sieben Raffinerien in Polen, Tschechien und Litauen; diejenige in Plock bei Warschau ist die größte Mineralölraffinerie Mitteleuropas und eine der modernsten und saubersten ihrer Art. Die gesamte Verarbeitungskapazität des polnischen Ölkonzerns liegt derzeit bei 31 Millionen Tonnen Erdöl pro Jahr. Rund die Hälfte davon entfällt auf Polen, wo die Raffinerien 2012 eine Auslastung von 90 Prozent erreichten. Das Unternehmen versorgt auch seine eigenen Tankstellen, von denen es derzeit insgesamt 2681 betreibt. In Polen beherrscht das Unternehmen 70 Prozent des Groß- und fast 30 Prozent des Einzelhandels für Kraftstoffe. Seit März 2003 ist PKN Orlen auch auf dem deutschen Markt vertreten. Das Unternehmen erwarb damals 494 Tankstellen in Norddeutschland vom britischen Energieunternehmen BP. Da BP sich in erster Linie von schwächeren Standorten mit älterer Technik trennte, waren zuerst hohe zusätzliche Investitionen notwendig. So wurde PKN Orlen der größte polnische Investor in Deutschland und setzte sich immer stärker durch. Mit seiner B-Marke „star“ sicherte sich das Unternehmen zuletzt 5 Prozent der Marktanteile auf dem deutschen Tankstellenmarkt.

Jan Kulczyk, mit einem geschätzten Vermögen von 2,7 Milliarden Dollar Polens reichster Mann, entstammt einer Unternehmerfamilie. Nach seiner Promotion in internationalem Recht an der Adam-Mickiewicz-Universität in Poznan trat er in die Fußstapfen seines Vaters (der, 1956 vor der staatlichen Enteignungswelle geflohen, von West-Berlin aus mit einem Startkapital von einer Million D-Mark half) und gründete 1981 das Import- und Exportunternehmen Interkulpol – eine der ersten polnischen Firmen, die mit ausländischem Kapital ausgestattet waren. Ein paar Jahre später wagte Kulczyk den Einstieg ins Automobilgeschäft und avancierte zum Monopolimporteur von Volkswagen und Porsche. Richtig ins Rollen kamen Kulczyks Geschäfte aber erst nach dem Ende des Kommunismus. Er nutzte die „einmalige Chance, die uns die Geschichte bot“, und investierte – obwohl kein Biertrinker – in zuvor staatliche Brauereien sowie Straßenbau- und Logistikunternehmen, was sich alles als äußerst lukrativ erwies. 1991 gründete er außerdem das Investmentunternehmen Kulczyks Holding S.A. und bahnte sich damit erfolgreich einen Weg in das internationale Öl- und Gasgeschäft. Kulczyks Unternehmen fördern heute unter anderem Öl und Gas in Nigeria und Tansania. In den Zeiten der Privatisierung der polnischen Wirtschaft konnte Kulczyk viele Erfahrungen sammeln, die ihn heute bei Firmenaufkäufen und Investitionsentscheidungen leiten. Für ihn liegt die Zukunft allerdings

in Asien und Afrika, nicht in Europa; hierzulande sei man „zu träge und zu wenig risikobereit“ geworden. Altmodisch ist Kulczyk allerdings, wenn es um moderne Medien geht. Der 62-Jährige nutzt weder E-Mail noch das Internet. Er besitzt nicht einmal einen eigenen Computer. „Das kann ich mir nicht leisten. Ich brauche meine Zeit für kreatives und strategisches Denken“, sagte er 2010 dem *Handelsblatt*. In seiner Freizeit engagiert sich der Milliardär seit 2007 als Präsident des Internationalen Grünen Kreuzes beim Naturschutz in durch Krieg zerstörten Gebieten. Auch das Gedenken an den Holocaust ist dem Ehrenpräsidenten der deutsch-polnischen Handelskammer ein wichtiges Anliegen: Im Juli 2012 spendete er fünf Millionen Euro für das in Warschau geplante Museum der Geschichte der polnischen Juden.

Der Bushersteller **Solaris** ist ein Familienbetrieb wie aus dem Bilderbuch: 1996 gründete das Ehepaar Solange und Krzysztof Olszewski das Unternehmen, 2010 übernahm Tochter Malgorzata Olszewska die Geschäftsführung der deutschen und österreichischen Niederlassungen. Familienzusammenhalt gilt der Vorstandsvorsitzenden Solange Olszewski, die früher als Zahnärztin gearbeitet hat, als das wichtigste Erfolgsrezept von Solaris: Qualitätsmäßig lägen viele Konkurrenten gleichauf mit Solaris und wären dabei preislich sogar noch günstiger, aber als Familienbetrieb sei man „wohl einfach sympathischer“. Der Erfolg – das *Handelsblatt* zählte die Firmenchefin 2011 zu den 100 „einflussreichsten Unternehmerinnen der Welt“ – gibt ihr Recht: Waren die Unternehmensgründung noch mühevoll – so fand sich lange keine Bank zu einem Kredit bereit – und der Start bescheiden (nur 35 Mitarbeiter bauten zunächst 50 Busse im Jahr), ist die Zahl der Angestellten allein in Polen mittlerweile auf über 2000 gestiegen. Heute produziert Solaris 1000 Fahrzeuge im Jahr, die nicht nur in 20 europäischen Ländern, sondern auch in den Vereinigten Arabischen Emiraten gefahren werden. Das Busgeschäft brummt: Allein 2011 kletterte der Umsatz um 17 Prozent von 316 auf 370 Millionen Euro, die Aussichten sind weiter blendend. Dies hängt auch mit der Innovationsfreudigkeit von Solaris zusammen, das als erstes europäisches Unternehmen serienmäßig Hybrid-Busse fertigte. Mit umweltfreundlicher Elektrotechnologie stoßen diese bis zu 78 Prozent weniger Schadstoffe aus als herkömmliche Busse mit Dieselmotoren – bei einem um 25 Prozent geringeren Kraftstoffverbrauch. Die neuesten Solaris-Modelle (Urbino 18 Hybrid) sind bereits in Bremen, Prag und Tampere unterwegs. Als nächstes Großprojekt tüfteln die Solaris-Ingenieure an einem neuen Elektroantrieb. Mit einer „Tankaufladung“ sollen die Hybrid-Busse dann 350 statt bisher 100 Kilometer weit fahren können.

Wanda Rapaczynski – in Polen steht dieser Name wohl für: „Alles ist möglich“. Aus einem Solidarnosc-Untergrundblatt schuf die Managerin einen der größten Medienkonzerne Mitteleuropas. Als 20-Jährige hatte sie Polen aus

Protest gegen das kommunistische Regime verlassen. Sie studierte Psychologie, lehrte in Yale und arbeitete im Bereich Produktentwicklung bei der Citibank, wo sie als „Vice President“ in die Unternehmensleitung aufstieg. 1992, mit 41 Jahren, kehrte Rapaczynski nach Polen zurück, um eine Freundin beim Aufbau der Tageszeitung *Gazeta Wyborcza* und des dazugehörigen Verlags Agora zu unterstützen, deren Geschäftsführerin sie bald wurde. Drei Jahre brauchte Rapaczynski nach eigenem Eingeständnis, um die Produktionsprozesse einer Zeitung vollkommen zu durchschauen. Dann folgte ein atemberaubender Aufstieg: Die *Gazeta Wyborcza* wurde zur auflagenstärksten Tageszeitung Polens, im Geschäftsjahr 1998/99 verbesserte Agora den Bilanzgewinn um das 30-Fache, von 4,2 Millionen auf 126,4 Millionen Zloty. Rapaczynski setzte nun auf Expansion: Agora wurde zur Mediengruppe und stieg bei Fernsehen, Außenwerbung, Radio und Internet ein. Bald gehörten Agora 29 regionale Radiosender, 26 Kinos, 14 Zeitschriften und zahlreiche Internetportale. Seit sie 2007 die Geschäftsführung aus Altersgründen abgab und in den Aufsichtsrat wechselte, kriselt es bei Agora. Das Unternehmen fand kein Mittel gegen ausländische Konkurrenten wie die Axel Springer AG, die Agora-Aktie verlor 60 Prozent ihres Wertes. Anfang Februar 2013 wurde bekannt, dass Rapaczynski noch einmal in den Chefsessel zurückkehrt, zunächst nur für drei Monate: Sollte sie die Trendwende einleiten, wäre mit ihr wohl tatsächlich „alles möglich“.

Als größter Silber- und neuntgrößter Kupferproduzent der Welt spielt **KGHM** in der globalen Liga der Erzbergbauunternehmen mit. Das 1961 gegründete Unternehmen befindet sich noch zu 31 Prozent in Staatsbesitz und scheut sich nicht davor, schwierige Konkurrenten einfach aufzukaufen. So verleibte sich KGHM Anfang 2012 für 2,9 Milliarden Dollar die kanadische Firma Quadra FNX Mining Ltd. ein und tätigte damit den größten Auslandseinkauf einer polnischen Firma in der Geschichte des Landes. Damit betreibt KGHM heute Rohstoffförderung an Standorten in Chile, den USA, Polen, Grönland und Kanada – und hat sich ehrgeizige Ziele gesetzt: Mit der Übernahme von Quadra FNX steigerte das polnische Großunternehmen seine Kupferproduktion um ein Viertel, längerfristig soll sie sogar um die Hälfte steigen. Außerdem plant das Unternehmen, das derzeit rund 18 000 Mitarbeiter beschäftigt, den Einstieg ins Energiegeschäft: Im vergangenen Jahr rief KGHM mit vier anderen polnischen Firmen ein Konsortium zur Schiefergas-Förderung ins Leben, das mit einem Gesamtbudget von rund 405 Millionen Euro ausgestattet wurde. Damit sollen erste Vorbereitungs- und Explorationskosten getragen werden; die Gasförderung soll dann 2016 beginnen. (Zur Schiefergas-Revolution siehe auch die März/April 2013-Ausgabe der *IP*.)

KGHM
POLSKA MIEDŹ S.A.

„In Polen sind die Leute noch hungrig“

Interview mit Janusz Filipiak, Gründer und CEO des IT-Unternehmens Comarch

Aus dem Nichts, aber mit vielen talentierten Mitarbeiten baute Universitätsprofessor Janusz Filipiak nach dem Ende des Kommunismus einen der größten Software-Hersteller Mittelosteuropas auf. Vor welchen Herausforderungen steht Polens IT-Branche heute? Ist sie ausreichend innovationsfreudig? Investiert Polen genug in seinen Zukunftssektor?

IP: *Sie haben Ihr Unternehmen vor rund 20 Jahren gegründet. Was gab Ihnen das Selbstbewusstsein, gegenüber Großen der Branche wie Microsoft oder IBM, die heute längst in Polen aktiv sind, bestehen zu können? Was war Ihr Wettbewerbsvorteil?*
Janusz Filipiak: Ich kam aus der Emigration zurück. Meine Familie und ich hatten für einige Zeit in Ländern wie Australien, Frankreich und Kanada gelebt, und auf diese Weise brachte ich einige internationale Expertise mit, die dringend benötigt wurde. Was uns zugute kam: Es gab viele gut ausgebildete Leute, die – und das war am wichtigsten – zu geringen Löhnen arbeiteten. Ich werde öfter gefragt: „Wie haben Sie es geschafft?“, und meine Antwort ist immer: „Stellen Sie sich ein Land vor mit einer unbegrenzten Zahl talentierter Menschen, die für 450 Euro im Monat arbeiten.“ So ungefähr war das in Polen zu der Zeit. Und wir haben mit sehr einfachen Produkten angefangen. Wir hatten Glück, denn in den neunziger Jahren war die polnische Industrie in Sachen Organisation von Geschäfts- oder Produktionsabläufen noch nicht so weit. Anspruchsvolle Softwareprodukte waren also gar nicht gefragt. Unsere Kunden waren mit unseren recht einfachen Informationssystemen sehr zufrieden, und wir wuchsen dann mit unseren Kunden. Heute haben wir einen entwickelten IT-Sektor, der selbst Westeuropa etwas zu bieten hat. Damals waren die Zeiten einfach gut für Firmengründungen. Rund zwei Millionen neue Unternehmen starteten 1991/92 – eine aufregende Phase!

IP: *Wie sieht es heute aus?*
Filipiak: Diese schönen Zeiten sind vorbei, leider. Allein in Krakow, wo wir unsere Zentrale haben, sitzen heute Google mit 250 Mitarbeitern, IBM, Motorola, SAP – also eine ganze Reihe internationaler Unternehmen, und jedes ist auf der Suche nach jungen Absolventen, die sie einstellen können, vor allem

junge polnische IT-Ingenieure. Heute ist alles anders. In dieser Hinsicht gleicht Polen heute einem alten EU-Mitgliedsland, wo die Konkurrenz um die talentierten Leute groß ist. Es gibt einfach nicht so viele von ihnen. Kurzum: Die Zeiten, als man sein Unternehmen auf Grundlage einer breiten Personalbasis starten konnte, sind in Polen mit Sicherheit vorbei.

IP: *Wird genug in die Ausbildung investiert?*
Filipiak: Im Grunde ja, aber man darf nicht vergessen: Es kommen ja nicht nur Google und IBM, sondern auch deutsche und Schweizer Unternehmen, die IT-Zentren in Polen aufbauen; manche von ihnen beschäftigen über 1000 polnische IT-Ingenieure.

IP: *Was macht Polen denn so attraktiv für diese Unternehmen?*
Filipiak: Als die amerikanischen und die anderen Unternehmen um die Jahrtausendwende kamen, lockte sie die gute Personalsituation an. Die ist heute nicht mehr so gut, obwohl wir viele IT-Ingenieure an den Universitäten ausbilden. Es ist aber nicht allein die Regierung gefragt. Es muss mehr getan werden – wie das in anderen Ländern, in Großbritannien, den Niederlanden oder auch Deutschland der Fall ist –, um junge Menschen für IT zu begeistern. In Polen, ja in ganz Europa gilt es als schwieriges Studienfach, vor dem viele zurückschrecken. Nur in Frankreich liegen die Dinge vielleicht etwas anders. Investitionen in die Universitäten und die IT-Ausbildung sind also nur ein Teil des Ganzen.

PROF. JANUSZ FILIPIAK gründete 1993 in Krakow das IT-Unternehmen Comarch, das er seitdem als CEO führt. Comarch unterhält heute 39 Niederlassungen in 23 Ländern, darunter neun in Deutschland, und beschäftigt rund 3500 Mitarbeiter.

IP: *Wie sieht es mit der Geschäfts- und Unternehmenskultur aus? Ist Polen ein guter Boden für Startups, gibt es ausreichend Risikokapital?*
Filipiak: Startkapital zu finden ist nicht so schwierig. Als EU-Mitglied profitiert Polen von einer Reihe aus Brüssel finanzierten Gründerprogrammen. Das Problem für die Startups ist aber oft, „kritische Masse“ zu erreichen. Wie Sie wissen, sind unsere IT-Märkte ja sehr entwickelt – da ist es schwierig, sich mit einem neuen Produkt durchzusetzen und wirklich Präsenz aufzubauen. Man braucht die langfristige Unterstützung von Investoren, und die ist nicht immer gegeben. Das stellt die neuen, kleinen Unternehmen oft vor Probleme.

© Comarch

IP: *In manchen Ländern gibt es so genannte „Brutstätten für Innovationen“, Silicon Valley in den USA zum Beispiel, wobei oft vergessen wird, wie viel dessen Erfolg mit*

der dortigen Universitätslandschaft und den Risikokapitalgesellschaften zu tun hat. Wie sieht es in Polen aus?

Filipiak: Ich habe in den Vereinigten Staaten im Bereich Forschung und Entwicklung gearbeitet, viel zu diesen Themen publiziert und war Teil dieser Kultur – und die ist mit der europäischer Unternehmen schlicht nicht zu vergleichen, und damit meine ich nicht nur polnische Unternehmen. Die USA haben einen homogenen Markt mit über 300 Millionen Konsumenten; in Europa – wo wir 60 Prozent unseres Umsatzes machen – ist der Markt sehr fragmentiert. In jedem EU-Mitgliedsland muss man praktisch von vorn anfangen. Wenn Sie in Großbritannien eine Niederlassung eröffnen, sind die Leute dort nicht sonderlich überzeugt, wenn sie Referenzen aus Deutschland mitbringen. Wir sind zwar ein geeintes Europa – zumindest sagen das unsere Politiker –, aber praktisch haben wir es mit 27 verschiedenen Märkten zu tun, ob es um rechtliche Fragen, Steuern oder Sprachen geht. Polnische Unternehmen haben erst einmal nur Zugang zum relativ kleinen heimischen Markt. Sich auf ganz Europa auszudehnen, ist sehr kostspielig – ganz im Gegensatz zu den Bedingungen in den USA. Und das ist wirklich ein Problem, auch mit Blick auf Innovationszentren und Startups; Sie brauchen einfach viel mehr Kapital.

IP: *Sind Sie dennoch zufrieden mit der Innovationsfähigkeit des polnischen IT-Sektors und der Volkswirtschaft insgesamt?*

Filipiak: Nein. Wenn Sie sich ansehen, welcher Anteil des BIP in Polen in die Forschung gesteckt wird – die Zahl liegt unter 1 Prozent. In Ländern wie Deutschland, Frankreich oder Großbritannien sind es mehr als 2 Prozent, manchmal sogar 2,5 Prozent. Wir sind also nicht nur ein kleineres Land, wir geben auch weniger für die Forschung aus, und das ist nicht gut.

IP: *Liegt dies auch an kulturellen Dingen? Ist die polnische Gesellschaft ausreichend offen und innovationsfreudig?*

Filipiak: Das müssten Sie unsere Politiker fragen. Sie entscheiden über Prioritäten, ob mehr Geld in Sozialleistungen und das Gesundheitssystem fließt und weniger in Forschung. Ich bin da hoffnungslos parteiisch, ich stehe auf der Seite der Forschung.

IP: *Blicken Sie optimistisch in die Zukunft?*

Filipiak: Wenn es um unser Unternehmen geht, bin ich recht optimistisch. Aber über die polnische Volkswirtschaft insgesamt etwas zu sagen, liegt außerhalb meines Verantwortungsbereichs. Ich bin aber optimistisch in dem Sinne, dass die Leute in Polen immer noch hungriger sind als in Deutschland, hungrig nach Geld, höheren Löhnen und Gehältern, denn das Niveau liegt immer noch deutlich unter dem in den alten EU-Ländern. Die Menschen sind also weiterhin motivierter, etwas in Polen zu erreichen.

Die Fragen stellten Henning Hoff und Sylke Tempel

Made in Poland

… aber keiner weiß es: Wie aus der Bezeichnung ein Gütesiegel werden soll

Anna Quirin | **„Inglot“ oder „Soraya“ heißen international erfolgreiche Kosmetikprodukte, von „Gino Rossi“ sind die Schuhe: Viele Produkte haben ausländische Namen, weil „Made in Poland“ anscheinend den Absatz hemmt. Mit Gütesiegeln will der Staat den Bekanntheitsgrad im In- und Ausland fördern, erste Erfolgsgeschichten sind vielversprechend.**

Der Beitritt Polens zur EU 2004 wirkte wie ein Katalysator: Er vervielfachte den Absatz polnischer Produkte im Ausland um bemerkenswerte 120 Prozent, von 60 auf 131 Milliarden Euro in den vergangenen acht Jahren; dabei gehören elf der 20 exportstärksten Produktgruppen in den Lebensmittelbreich. Doch die ausländischen Kunden – auch in Deutschland, in das ein Viertel der polnischen Warenausfuhr fließt – wissen kaum etwas davon. Denn die polnischen Produzenten werben nur selten mit der Herkunft ihrer Produkte. Sie fürchten immer noch, dass die Aufschrift „Made in Poland“ den Absatz hemmt, weshalb sie sich lieber hinter international klingenden Namen verstecken.

Zu kommunistischen Zeiten gab es in Polen nur eine begrenzte Auswahl an Produkten und kaum Konkurrenz. Im Allgemeinen hielt man die eigenen Erzeugnisse für minderwertig; auf die Waren aus dem Westen, die man nur in speziellen Geschäften gegen Dollar kaufen konnte, schaute man neidisch. Die standen für hohe Qualität, gutes Design und sorgfältige Verarbeitung – mit einem Wort: Luxus. Nach der Wende füllten sich die Geschäftsregale mit Unmengen bunter, ausländischer Artikel; jetzt ging es nur noch darum, wer sich das leisten konnte. Westliche Waren blieben weiterhin begehrt und wurden lieber als polnische Produkte gekauft.

Das wirkt bis heute nach. In zahlreichen polnischen Städten findet man kleine Geschäfte, die damit werben, „deutsche Haushaltschemie“ (sprich: in Deutschland produziertes Waschpulver) zu verkaufen. Und diese Geschäfte haben damit immer noch Erfolg. Denn obwohl seit Jahren die gleichen Marken in Deutschland wie in Polen angeboten werden, glauben viele Polen weiterhin daran, dass in Deutschland produziertes Waschpulver besser wasche als das für den polnischen Markt vorgesehene, meistens in Mittel- und Osteuropa hergestellte Produkt.

Dagegen mussten sich die nach der Wende neu entstandenen Unternehmen behaupten. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass viele die polnische Herkunft ihrer Produkte verschleierten. Ein bezeichnendes Beispiel ist die Firma LPP aus Danzig, heute die größte Bekleidungskette Polens. Anfangs belieferte sie Supermärkte mit T-Shirts aus Asien; 1994 brachte sie die erste eigene Marke auf den Markt – mit einem englischem Namen, der positive Assoziationen wecken sollte: Reserved. In den folgenden Jahren kamen bei LPP noch weitere Marken hinzu, alle mit ausländisch klingenden Namen: House, Mohito, Cropp und, ganz aktuell, Sinsay. Heute besitzt LPP über 600 Geschäfte im Inland sowie in Tschechien, Ungarn, im Baltikum, in der Slowakei, der Ukraine, in Russland und Rumänien.

Immer noch gilt: Ein ausländischer Name verspricht hohe Qualität

Die gleiche Marketingstrategie ist auch bei anderen großen Unternehmen zu beobachten: bei den Textilfirmen Diverse, Tatuum und Simple, den Schuhproduzenten Gino Rossi und Venezia und dem Möbelproduzenten Black Red White. Viele von ihnen sind heute nationale Marktführer in ihren Branchen. Black Red White hat einen Marktanteil von 20 Prozent in Polen, 21 Produktionsstätten im In- und Ausland und liefert seine Möbel in über 40 Zielländer; der Exportanteil liegt bei 40 Prozent.

Im Herbst 2012 hat das Beratungsunternehmen PEMI polnische Unternehmen nach ihren Marketingstrategien befragt. Das Ergebnis: Nur 13 Prozent verweisen explizit auf ihre Herkunft. Obwohl die Firmen ihre Produkte heute in hochpreisigen und hochspezialisierten Segmenten erfolgreich platzieren und im Ausland Erfolge feiern, haben sie auch 20 Jahre nach der Wende mit den Vorurteilen der Kunden zu kämpfen. Denn ausländisch klingende Namen werden nach wie vor mit höherer Produktqualität assoziiert.

Sonderfall Lebensmittel: gesund, weil polnisch

Es gibt dennoch einige wenige Bereiche, in denen eine andere Tendenz zu beobachten ist, vor allem in der Lebensmittelbranche. Hier gibt es eine große Nachfrage nach allem, was polnisch ist. Firmen unterstreichen daher gerne die polnische bzw. regionale Herkunft ihrer Produkte und setzen auf Lokalpatriotismus und das Traditionsbewusstsein der Kunden. „Gesund, weil polnisch“, lautet das Motto. Die kleinen Märkte mit ihren lokalen Produkten sind wieder „in“, Lebensmittelgeschäfte werden stilisiert wie Dorfhütten mit Strohdach, großer Beliebtheit erfreuen sich auf altpolnisch getrimmte Gaststätten, so genannte Karczmas. Traditionelle Gerichte wie Zurek (saure Suppe), Borschtsch, Pirogen oder Wild erleben eine Renaissance. Sogar die polnische Gans – die jahrzehntelang als Arme-Leute-Essen verpönt war, so dass über 90 Prozent der Tiere für den Export produziert wurden (davon 85 Prozent für den deutschen Markt) – kommt mit massiven Unterstützungskampagnen der Regionen wieder auf die Tische polnischer Restaurants und Familien.

Auch in der Kosmetikbranche ist eine stärkere Hinwendung zu den heimischen Produkten sichtbar. Das ist nicht verwunderlich, da polnische Kosmetika seit Jahren Spitzenplätze bei diversen Tests der angesehenen Modemagazine

Bild nur in Printausgabe verfügbar

und Frauenzeitschriften belegen. In dieser Branche können es Marken wie Dr Irena Eris, Soraya, Dermika, Mirraculum, Ziaja und Inglot erfolgreich mit ihren westlichen Konkurrenten aufnehmen.

Dr Irena Eris, eine der stärksten Marken Polens laut Superbrands Polska, betreibt seit elf Jahren ein eigenes Wissenschaftszentrum. Das Unternehmen verfügt heute über 21 eigene kosmetische Institute, zwei Spa-Hotels und ein Sortiment mit 500 verschiedenen Produkten, von denen es pro Jahr rund 25 Millionen Stück in 28 Ländern weltweit verkauft. Im Laufe der Zeit hat die Marke 160 Preise, Auszeichnungen und Zertifikate erhalten; 2012 wurde sie in den exklusiven Kreis der französischen Luxusgütervereinigung Comité Colbert aufgenommen, in der u.a. Chanel, Louis Vuitton, Hotel Ritz und Cartier vertreten sind. Die Kosmetikfirma Inglot besitzt Läden in 47 Ländern, die meisten in den USA, u.a. auf dem Broadway in New York, sowie auch in Abu Dhabi, Saudi-Arabien, Australien, Argentinien und Südafrika. Durch den international klingenden Namen wird Inglot für alles andere gehalten, nur nicht für eine polnische Marke.

Steigender Wohlstand

Allmählich ändert sich die Einstellung der Polen zu einheimischen Produkten. Umfragewerte zeigen, dass die Käufer vor allem auf Preis und Qualität achten und die Herkunft eine eher untergeordnete Rolle spielt. Gleichzeitig kann man aber eine starke Veränderung des Kundenprofils feststellen. Auf die Herkunft von Waren achten vermehrt gut situierte und gebildete Menschen, die in größeren Städten wohnen. Das ist genau die Gruppe, die noch vor einigen Jahren westliche Artikel bevorzugte. Diese Menschen wollen wissen, woher die Produkte kommen, für sie ist „Made in Poland“ zu einem Qualitätsmerkmal gewor-

den – vor allem im Gegensatz zu „Made in China“, das in Polen einen ausgesprochen schlechten Ruf hat. Dieses Verhalten entspricht dem internationalen Trend, nach dem die Bindung an einheimische Produkte und Marken, der so genannte Kaufpatriotismus, eine Erscheinung ist, die mit dem steigenden Wohlstand einer Gesellschaft zusammenhängt. Anders gesagt: Je reicher eine Gesellschaft ist, desto bewusster fällt sie ihre Kaufentscheidungen.

Der steigende Kaufpatriotismus der Polen zeugt also einerseits vom wachsenden Wohlstand der Gesellschaft und der damit verbundenen größeren Zufriedenheit einzelner Bürger mit ihrem Leben. Andererseits ist er ein Zeichen dafür, dass die Polen immer selbstbewusster mit dem Label „Made in Poland“ umgehen. Initiativen wie „590 Gründe ... um polnische Produkte zu kaufen“ oder „Kauf Einheimisches – es gibt Gründe, stolz zu sein“ tragen dazu bei.

Auch der Staat bemüht sich, einheimische Firmen zu fördern und die positive Wahrnehmung von besonders hochwertigen Produkten zu unterstützen. Zu den bekanntesten Kampagnen gehört „Teraz Polska“ (Polen jetzt), die seit 1993 unter der Schirmherrschaft des Präsidenten jährlich ausgetragen wird. Bis heute wurden 460 Firmen ausgezeichnet, die nun das charakteristische weiß-rote Gütesiegel verwenden dürfen. Ein prominentes Beispiel für den Erfolg dieser Auszeichnung ist der Baumaterialienhersteller Atlas. In den ersten beiden Jahren nach der Gründung 1991 warb die Firma mit deutschen Warenaufschriften. Nachdem Atlas 1993 das Gütesiegel „Teraz Polska“ erhielt, stiegen die Verkaufszahlen im selben Jahr um das Vierfache. Von da an änderte Atlas die Marketingstrategie und setzte konsequent auf seine polnische Herkunft. Der seither benutzte Slogan lautet „Kocham Polske“ (Ich liebe Polen), was unterschwellig auch den Nationalstolz bedient. Binnen weniger Jahre wurde Atlas zum Marktführer im Bereich Bauchemie und wiederholt zur besten Marke Polens gewählt.

Das Gütesiegel „Teraz Polska“ vervierfachte bei Atlas den Absatz

Wenig Wirkung im Ausland

International zeigt dieses Gütesiegel allerdings noch nicht viel Wirkung. Weiterhin begegnet man den altbekannten Stereotypen, nach denen Polen mit Lech Walesa, Solidarnosc und Papst Johannes Paul II. assoziiert wird. Eine umfassende, 2011 für das Wirtschaftsministerium durchgeführte Studie zeigt jedoch, dass in manchen Ländern Produkte aus den Bereichen Lebensmittel, Bekleidung, Lederwaren, Bauwesen, Kosmetika und Möbel bereits mit Polen in Verbindung gebracht werden. Diese Kenntnisse über konkrete polnische Marken sind eher in den ost- und mittelosteuropäischen Ländern anzutreffen, da die Firmen dort häufiger unter ihrem eigenen Markennamen präsent sind. In den westlichen Ländern werden hingegen polnische Luxuswaren (Jachten, Schmuck, vor allem Bernstein) genannt. Aber insgesamt sind polnische Marken im Ausland immer noch relativ unbekannt.

Auch in Deutschland ist es laut der genannten Studie nicht anders. Polen wird als ein traditionsbewusstes Land wahrgenommen, mit schönen Landschaften, aber einer nicht besonders innovativen Wirtschaft. Mit dem Land

werden vor allem Lebensmittel assoziiert, darunter Wodka, Bier, Würste, Schokoladenerzeugnisse, Agrarprodukte und Tankstellen der Firma Orlen mit ihrer deutschen Marke Star. Nur in Berlin wurden in der Umfrage Bernstein, Schmuck, Luxusgüter und Kunst genannt. Die Produkte werden im Allgemeinen als günstiger empfunden, aber nicht als höchste Qualität angesehen.

Unterstützung vom Staat

Das polnische Wirtschaftsministerium hat ein Programm zur Exportförderung aufgelegt, das für die Jahre 2007 bis 2015 mit einem Budget von 78 Millionen Euro ausgestattet ist. Dabei wurden 15 führende Branchen ausgewählt, die in den Genuss der staatlichen Unterstützung kommen. Parallel dazu versucht man seit Jahren, eine nationale Dachmarke zu schaffen. Die häufigen Regierungswechsel und unklare Kompetenzaufteilung unter den beteiligten Akteuren führten jedoch zu häufigen Änderungen, so dass es bis heute kein stimmiges Konzept gibt. Auch der einst von Willy Olins, einem international anerkannten Experten im Bereich Nation Branding, vorgeschlagene Slogan: Creative Tension (Kreative Spannung) wurde nicht konsequent verfolgt.

Seit Jahren versucht man, eine nationale Dachmarke zu schaffen

In der innerpolnischen Diskussion über eine Branding-Strategie für Polen erstrecken sich die Meinungen vom Wunsch, eine starke Marke zu schaffen – am besten im Hightech-Bereich, eine Art polnisches Nokia – bis hin zur Überzeugung, dass man an das Bestehende anknüpfen und das unterstützen soll, was bereits im Ausland bekannt ist und positiv wahrgenommen wird. Da Polen in vielen Ländern vor allem als Agrarland gilt, liege es auf der Hand, landwirtschaftliche Produkte und Lebensmittel zu Nationalmarken zu machen. Noch ist nichts entschieden, die Diskussion dauert an.

Ob nun mit oder ohne Unterstützung des Staates: Veränderungen von Wahrnehmung und Überwindung von Stereotypen sind immer langfristige Prozesse. Die aktuellen Tendenzen sind zwar positiv und vielversprechend, doch es wird wohl noch Jahre dauern, bis polnische Firmen branchenübergreifend davon profitieren können. Bis dahin werden ihre Produkte gewissermaßen „getarnt“ Erfolg haben. Denn in- und ausländische Kunden, die z.B. Produkte der Firma Inglot kaufen, werden nach wie vor keine Ahnung haben, dass sie aus Polen stammen.

Anna Quirin
arbeitet am Zentrum für Mittel- und Osteuropa der Robert Bosch Stiftung im Forschungsinstitut der DGAP.

Business mit Handkuss

Hans-Jörg Otto über die Do's and Dont's im polnischen Geschäftsleben

Es war die beste Entscheidung meines Lebens, nach Polen zu gehen. Mitte der neunziger Jahre konnte man noch vom „wilden Osten" sprechen, ich kam in ein Niemandsland, vieles war hinterwäldlerisch. Aber nun will ich hier nicht mehr weg – das berufliche und das private Umfeld stimmen, Polen ist mein neues Zuhause geworden.

Mit den Altlasten unserer Geschichte wäre es nicht selbstverständlich, als Deutscher in Polen willkommen zu sein. Doch ich habe fast nur positive Erfahrungen gemacht; die Schatten der Vergangenheit haben sich verflüchtigt. Heute haben deutsche Unternehmer hier im Allgemeinen einen guten Ruf. Doch es ist wichtig, einige Regeln zu beachten, um die Menschen nicht vor den Kopf zu stoßen.

Das fängt schon mit der Sprache an: Wenn man zu laut auf Deutsch spricht, klingt das in den Ohren der Polen zackig, grob und unhöflich. Denn das Polnische ist eine melodiöse und blumige Sprache. Aber leider nur sehr schwer zu erlernen, ich habe es bis heute, nach fast 17 Jahren im Land, nur zur passablen Beherrschung der Alltagssprache gebracht. Bei der Begrüßung spricht man sich mit Herr Michael oder Frau Dagmar an, auf keinen Fall mit Herr oder Frau Müller. Denn die Anrede mit dem Nachnamen gilt in Polen als herabwürdigend oder gar provozierend. Und wenn man seinem Gegenüber besonders viel Achtung erweisen will, nennt man ihn Herr Direktor, oder noch besser: Herr Direktörchen.

Eine weitere Besonderheit ist der Handkuss – er ist überhaupt nicht altmodisch, sondern immer noch en vogue. In Polen wird dabei nicht gehaucht wie in Frankreich, sondern ehrlich geküsst. Für mich ist der Handkuss zu einer solchen Selbstverständlichkeit geworden, dass ich schockierte Blicke oder zurückzuckende Hände bei deutschen Frauen erlebe, denen ich würdevoll die Hand küssen möchte. Auch die Begrüßung unter Freunden ist hier immer mit dem Kuss verbunden – dreimal (rechts, links, rechts) auf die Wange –, und es wird richtig geküsst, nicht nur angedeutet. Sie können sich vielleicht vor-

stellen, was das für ein tolles Erlebnis ist, wenn ich Geburtstag habe und 50 Damen Schlange stehen, um den Chef zu küssen.

Der Umgangston im Geschäftsleben ist höflich und respektvoll, man spricht leise – es weht kein so rauer Wind wie in Deutschland. Es kommt sehr auf gutes Benehmen an: Mit Höflichkeit kann man viel erreichen, Arroganz verschließt die Türen, aber das ist natürlich nicht wirklich überraschend und neu. Man zollt sich gegenseitig Respekt, plaudert ein wenig über die Familie – und kommt dann ins Geschäft.

Was ich in Polen besonders schätzen gelernt habe, sind die fleißigen, zuverlässigen und gut ausgebildeten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. In meinem Unternehmen pflegen wir einen offenen, eher informellen Umgang miteinander. Das war am Anfang nicht immer ganz einfach, denn Polen ist eigentlich ein sehr hierarchisches Land. Aber bei uns brauchen wir keine Gewerkschaften oder Betriebsrat, Probleme werden respektvoll direkt miteinander besprochen, und auch eine schwere Krise vor einigen Jahren haben wir gemeinsam durchgestanden. Bei uns herrscht eine ausgesprochen familiäre Atmosphäre, und ich bin sicher, dass sie entscheidend zu unserem Erfolg beigetragen hat.

Ein Geheimnis unseres Erfolgs: die familiäre Atmosphäre

Das Gefühl der Zusammengehörigkeit, vor allem innerhalb der Familie, ist in Polen sehr wichtig. Es gibt keine soziale Absicherung wie in Deutschland, die Menschen müssen arbeiten, um Geld zu verdienen. Viele Polen können es sich mittlerweile leisten, ein Haus zu bauen (auch wenn sie dann 40 Jahre lang den Kredit abbezahlen müssen), aber auf jeden Fall wird ein Zimmer für die Eltern eingeplant– sollten sie einmal der Pflege bedürfen. Das findet man in Deutschland doch eher selten, wo jede Generation für sich allein bleiben will.

Für Unternehmer ist Polen weiterhin ein äußerst interessanter Markt: Neben den qualifizierten Mitarbeitern und dem großen Binnenmarkt ist es die zentrale Lage zwischen Ost- und Westeuropa, die kurze Wege ermöglicht. So brauche ich heute zum Beispiel nur noch drei Stunden, um von Posen nach Berlin zu fahren. Und solange die Produktionsbedingungen zum Beispiel in der Ukraine oder in Rumänien noch nicht besser sind, bleibt Polen auch mit steigenden Löhnen attraktiv. Vor allem, weil die Rahmenbedingungen stimmen: Korruption ist so gut wie verschwunden, niemand hält die Hand auf, wenn man etwas von den Behörden will. Die noch bestehenden bürokratischen Hemmnisse werden schrittweise abgebaut, und man kann auf Rechtsanwälte mit guten Deutschkenntnissen zurückgreifen, die wichtige Beratung und Unterstützung leisten. Und zum Schluss noch ein Hinweis: Auf keinen Fall sollte man den Stolz der Polen unterschätzen – er ist noch viel größer als im sprichwörtlich stolzen Spanien.

Hans-Jörg Otto
ist Geschäftsführer von El-Cab, 1995 in der Nähe von Poznan gegründet. Das Unternehmen mit rund 400 Mitarbeitern fertigt u.a. Kabelsysteme für Fahrzeuge.

Für wertvolle Anregungen und Kommentare danken wir:

Irene Hahn-Fuhr, Programmmitarbeiterin des Zentrums für Mittel- und Osteuropa der Robert Bosch Stiftung der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. (DGAP)

Basil Kerski, Chefredakteur der Zeitschrift DIALOG und Leiter des Europäischen Zentrums der Solidarnosc in Gdansk

Maria Montowska, Deutsch-Polnische Industrie- und Handelskammer, Warschau

Anna Quirin, Programmmitarbeiterin des Zentrums für Mittel- und Osteuropa der Robert Bosch Stiftung der DGAP

Dr. Gereon Schuch, Programmleiter des Zentrums für Mittel- und Osteuropa der Robert Bosch Stiftung der DGAP

Impressum

Herausgeber
Deutsche Gesellschaft für
Auswärtige Politik e.V.:
Dr. h.c. Hans-Dietrich Genscher
Prof. Dr. Joachim Krause
Paul Freiherr von Maltzahn
Dr. Arend Oetker
Prof. Dr. Eberhard Sandschneider

Chefredakteurin
Dr. Sylke Tempel (V.i.S.d.P.)

Redaktion
Dr. Henning Hoff, Uta Kuhlmann-Awad,
Dr. Joachim Staron, Rachel Tausendfreund
Redaktionelle Mitarbeit: Lena Marie Jöst,
Anna Isabela Knack, Constanze Litt,
Anne-Sophie Lockner, Katja Miethe
Projektmanagerin: Charlotte Merkl

Redaktionsanschrift
Rauchstraße 17/18 | 10787 Berlin
Tel.: +49 (0)30 25 42 31-46
Fax: +49 (0)30 25 42 31-67
ip@dgap.org

Marketing und Anzeigen
DGAP Consulting GmbH
Rauchstraße 17/18 | 10787 Berlin
Stefan Dauwe
dauwe@dgap-consulting.com
Tel.: +49 (0)30 26 30 20 65

Layout
Thorsten Kirchhoff

Verlag/Abonnenten-Service
BVA Bielefelder Verlag/Standort Köln
Friesenplatz 16 | 50672 Köln
Tel.: +49 (0)221 2587 248
Fax: +49 (0)221 2587 249
ip@internationalepolitik.de

Druckerei
Sachsendruck Plauen GmbH
Paul-Schneider-Straße12 | 08525 Plauen

Erscheinungsweise
3 Mal jährlich als redaktionelle Beilage der Zeitschrift INTERNATIONALE POLITIK

www.internationalepolitik.de

Vorschau: IP-Länderporträt Brasilien

erscheint am 28. Juni 2013 mit der IP-Ausgabe Juli/August 2013